

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 21. August 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Die revolutionäre Bewegung in der russischen Armee.

(Fortsetzung.)

(Von unserem Petersburger Korrespondenten.)

Die russische Revolution, die alle Grundpfeiler der despotischen Staatsordnung umstürzt, hat nun auch begonnen, die Mauer zu untergraben, die die Armee vom Volke scheidet. Der Soldat, der nicht minder unter dem Drucke dieser Staatsordnung zu leiden hat, verfolgt mit gierigem Interesse den Kampf des Volkes gegen den Absolutismus. Die Wogen des Befreiungskampfes ergreifen auch ihn und reihen ihn mit sich. Andererseits hatten die immer häufiger werdenden Strafenkämpfe und sonstigen offenen revolutionären Kundgebungen des Volkes die Aufgaben tätiger Propaganda im Militär für die Sozialdemokratie in den Vordergrund gerückt. In verschiedenen Städten, überall, wo nur ein Konnex mit den Kasernen angebahnt werden konnte, begann lebhafteste Agitation, vorzugsweise in schriftlicher Form. Dabei mußte auch der Charakter der Propaganda einer Aenderung, oder besser gesagt — Vervollkommnung unterworfen werden. Bisher, in den Jahren 1900—1904, pflegte die Sozialdemokratie, wenn sie sich an den Soldaten wandte, nur hervorzuheben, welche Rolle in der bürgerlichen Gesellschaft, deren eine wichtige Stütze der Militarismus bildet, dem Militär gebührt, und propagierte die Forderung unseres Programms, Ersatz des stehenden Heeres durch die Miliz und allgemeine Bewaffnung des Volkes. Es ist unfehlbar, daß diese allgemeinen Prinzipien in der Kasernen wenig Anklang fanden. Es zeigte sich, daß die Soldaten in Masse für unsere Organisationen nur auf die Weise gewonnen werden konnten, daß man bei der Agitation von ihren Alltagsbedürfnissen und Kaserneninteressen ausging. Dieser Weg wurde denn auch jetzt von den Sozialdemokraten eingeschlagen.

Die allertätigste unter den Organisationen, welche in den letzten zwei Jahren die Propaganda im Militär verfolgten, war der Krimische Verband der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, dessen Tätigkeit sich auch auf die ganze Schwarzmeerflotte erstreckte. Die Flotte, deren Besatzung sich vorzugsweise aus ehemaligen städtischen Arbeitern zusammensetzt, ist ein äußerst dankbares Arbeitsfeld für die Sozialdemokratie. Besonders intensiven Charakter nahm die Agitation unter den Matrosen an, als im vorigen Jahre der „Revolutionsturm“ über das Land hereinbrach. In der Flotte entstand der Plan, sich gleichzeitig mit den Arbeitern gegen den Zarismus zu erheben. Doch nahmen, wie bekannt, die Ereignisse nicht den geplanten Verlauf: es erhoben sich vereinzelte Bruchteile der Flotte und zu verschiedenen Seiten.

Im Juni 1905 brach der Aufbruch auf dem Panzerschiff „Potjemkin“ aus. Er blieb nicht ganz vereinzelt. Der Aufbruch des revolutionären Panzerschiffes „Jort mit der Tyrannin!“ Es lebe die Freiheit!“ fand Wiberhall in Kronstadt und Libau. Mehrere Tage lang leisteten die Matrosen der Regierung Widerstand. Die gewaltsam erreichte „Beruhigung“ hielt nicht lange vor. Die grandiose Erhebung des „Potjemkin“ sollte dem Zaren nur als drohende Warnung dienen und Hinweis darauf, daß die letzte Stütze des Thrones einzustürzen droht. Bald darauf, im November desselben Jahres, brach der zweite Aufstand der Kronstädter Matrosen los, denen sich die Matrosen und ein Teil der Infanterie in Sewastopol anschlossen. Die Matrosen verweigerten ihren Vorgesetzten, die sie veranlassen wollten, auf die Soldaten zu schießen, den Gehorsam; sie richteten sogar ihre Gewehre gegen die, die ihnen befohlen hatten zu schießen. Admiral Biharewsky wurde schwer verwundet, Kapitän Stein getötet. Festungskommandant Neplinjef, Divisionsgeneral Esedelnikoff und viele Offiziere wurden verhaftet, die rote Flagge der Revolution flatterte auf „Dschakoff“, dem Transportschiff „Dufest“ und Panzerschiff „Panteleimon“ (vormals „Potjemkin“ — die Umtaufung hatte nichts geholfen).

Die Regierung zog in Sewastopol 21 000 Mann Militär zusammen; zwischen den rebellischen Matrosen und dem kaiserlichen Heere entspann sich eine förmliche Schlacht. Die Reste der Armada, deren größter Teil im Großen Ozean, im japanischen Kriege, seinen Untergang gefunden hatte, wurden hier im Kampfe mit dem „inneren Feinde“ im Schwarzen Meere vernichtet. „Dschakoff“ und „Dufest“ versanken im Meer, der „Panteleimon“ wurde schwer beschädigt. Der Kommandant der Sewastopoler Flotte konnte seinem Herrn und Gebieter nach Petersburg rapportieren, daß „die Ordnung wieder hergestellt“ wäre.

Aber die „Ordnung“ wurde, wie vorausgesehen war, sehr bald wieder „verleht“. Die Armee trat in die Fußstapfen der Flotte. In der zweiten Hälfte des November 1905 trat die revolutionäre Gärung in verschiedenen Teilen der Armee deutlich zutage. Die Soldaten arrangierten Meetings, Demonstrationen, Streiks. Von der Bewegung wurden die Garnisonen von Petersburg, Warschau, Odessa, Charkow,

Wilna, Romsha, Reval, Grodno, Sewastopol, Vatum, Noworossieff und Nijew ergriffen. Die größten Dimensionen nahmen die Ereignisse in Vatum und Noworossieff an (Kautafus), wo die rebellischen Soldaten die vollständige Herrschaft über die genannten Städte gewannen, und in Nijew. Die Gründe der Unzufriedenheit waren verschiedene: schlechte Kost, grobe Behandlung usw. Charakteristisch ist der Anstoß, der den Aufstand in Nijew hervorrief. Die Obrigkeit hatte beschloffen, die zurzeit streikenden Post- und Telegraphenbeamten durch Sappeure zu ersetzen. Diese lehnten jedoch die Rolle von Streikbrechern energisch ab. Als dann der Generalgouverneur mit Repressalien drohte, zogen die Sappeure in voller Bewaffnung auf die Straße, entschlossen, den Kampf gegen die autokratische Regierung aufzunehmen.

Den Schlusssatz der vorjährigen Armeerevolten bildete der Dezemberaufstand der Matrosen in Kronstadt, welcher dazu führte, daß fünf Tage lang die Stadt in den Händen der Aufständischen war.

Zur Vervollständigung der Charakteristik dieser Militäraufstände des vorigen Jahres können die Forderungen der Soldaten in Odessa dienen, die mit geringen Variationen in den meisten anderen Städten sich wiederholten und im wesentlichen folgendermaßen lauten: 1. Sofortige Entlassung aller Reservisten; 2. Verkürzung der Dienstzeit im Militär bis auf zwei Jahre; 3. Abschaffung der unsinnig strengen Kriegsgerichte; 4. die Soldaten sollen nicht Dienstbotenstellung bei den Offizieren einnehmen; 5. Bildung soll keine Privilegien im Dienste geben; 6. die Abschaffung der Amunition, die Versorgung mit Nahrungsmitteln und die Aufsicht über die Kasernenwohnräume soll nicht von Kronsdieben, sondern von Kommissionen geleitet werden, die aus Offizieren und Soldaten zu gleichen Teilen bestehen müssen; 7. Arbeitszeit — 4 Stunden bis zum Mittagessen, die übrige Zeit soll von den Soldaten nach Belieben zugebracht werden dürfen; 8. Abschaffung der Honneurs außerhalb der Front; 9. Abschaffung der Titel; 10. die Soldaten sollen „Sie“ angeredet werden; 11. Zutritt zu allen militärischen Rangklassen für jeden Soldaten seinen Fähigkeiten gemäß; 12. eigenes Gericht auf kollektiver Grundlage; 13. der Soldat soll an seinem Geburtsort die Dienstzeit absolvieren; 14. der Soldat darf nicht gegen das eigene „rebellische“ Volk geschickt werden; 15. die am 17. Oktober verkündeten Freiheiten sollen auch für den Soldaten Geltung haben; 16. Bibliotheken, Zeitungen usw. in den Kasernen nach eigener Auswahl, ohne Zensur der Obrigkeit; 17. das stehende Heer soll durch den Landsturm ersetzt werden.

## Die russische Revolution.

### Pressemeldungen über die Stimmung in den Regierungskreisen.

Das Organ des linken Flügels der bürgerlichen Demokratie, „Nascha Schin“, war durch seinen Mitarbeiter Lwow über die Interna der Regierungssphären immer ausführlich informiert. Vom 16. August ab erscheint als Ersatz für die unterdrückte „Nascha Schin“ die Zeitung „Towarisch“. In der Nummer vom 16. August gibt Lwow eine gründliche Analyse des Programms des Ministerkabinetts. Wir werden seine Ausführungen kurz wiedergeben:

Agarfrage: Festhalten am jetzigen Regierungsprogramm; Unterjüngungen für die Krotleibenden.

Judenfrage: Baldige Aufhebung der Rechtsbeschränkungen, die durch „provisorische Erlasse“ geschaffen sind. Veratung der Gesamtfrage in einer Kommission.

Todesstrafe: Ersatz der Todesstrafe durch 20 Jahre Zwangsarbeit für Zivilpersonen unter dem „verstärkten Schutz“ bei der Anwendung der Militärstrafe. Weitere Anwendung der Todesstrafe für Attentate auf den Kaiser und für Hochverrat, und auch der Todesstrafe in der Armee.

Amnestie, Aufhebung des Kriegszustandes usw. nach Verhütung des Landes. (1)

Presse: Vesaleennigtes außerordentliches Verfahren gegen die schuldigen Journalisten; mögliche Schonung der nichtschuldigen Daudereibisher, der durch Schließung von Druckereien schwerleidenden Sezer usw.

Aufhebung der Steuererhebung in den verarmten Gegenden.

Die Generalgouverneure und Gouverneure sollen über die Situation in jeder Gegend berichten, damit der Kriegszustand u. dgl., falls Verhütung eintritt, allmählich aufgehoben wird.

Nach diesem schönen Programm soll das russische Volk auf dem Trauenen schwimmen lernen. Man gibt ihm Viertelreformchen und verpricht ihm Amnestie und Aufhebung des Kriegszustandes nach Verhütung. Da aber die Viertelreformchen — wenn sie überhaupt kommen — nicht helfen und die Schandwirtschaft der Bureaukratie fortbauert, so tritt keine Verhütung ein, so gibt's keine Amnestie noch Aufhebung des Kriegszustandes!

### Stolypins Rücktritt?

Petersburg, 20. August. Wie verlautet, soll Ignatiew oder General Meigels zum Gouverneur von Polen ernannt werden. Anherdem erhalten sich die Gerüchte von dem bevorstehenden Rücktritt Stolypins, der durch den jetzigen Ackerbauminister Fürsten Wassiljtschikow oder durch den früheren Premier Iswolski ersetzt werden soll, während Gurko das Ackerbauministerium erhalten würde.

### Gerichtliche Verfolgung der Dumamitglieder.

In der Zeitung „Nowoje Wremja“ vom 16. August ist folgendes Schreiben des Staatsanwalts der St. Petersburger Gerichtskammer (Kamjshanski) veröffentlicht:

In Anbetracht der in der periodischen Presse erscheinenden unrichtigen Mitteilungen über die Maßnahmen der Staatsanwaltschaft in der Frage der strafrechtlichen Verfolgung der Personen, welche den in Wiborg verkäuflichen Aufruf an die Bevölkerung mit dem Titel „An das Volk, von den Vertretern des Volkes“, unterschrieben haben, halte ich es für nötig, bekannt zu machen, daß, nachdem ich ein Exemplar dieses Aufrufes und Nachrichten über seine Verbreitung in St. Petersburg erhalten hatte, ich den Untersuchungsrichter für außerordentliche Angelegenheiten bei dem St. Petersburger Kreisgericht Belewnow am 28. Juli beauftragt habe, die Voruntersuchung zu beginnen, in der Sache der Anklage gegen alle Unterschreiber des genannten Aufrufes wegen des in §§ 51 und 129 I, Punkt 3 des Strafgesetzbuches vorhergesehenen Vergehens.“ (Aus dem „Regierungsbotein“.)

So ist es Tatsache, daß die am Wiborger Aufruf beteiligten Dumamitglieder auf Grund des Berücksichtigten poltischen § 129 gerichtlich verfolgt werden sollen!

Wie bekannt, wurde der Bauernabgeordnete Kondraschuk bald nach der Dumaauslösung verhaftet; Solomko wird als ehemaliger Redakteur der „Wise“ verfolgt; Dniptro wurde in Kronstadt verhaftet; es wurden in den Räumen der Arbeitergruppe, bei mehreren linkslebenden Abgeordneten in St. Petersburg und bei mehreren heimkehrenden Abgeordneten in der Provinz Hausdurchsuchungen vorgenommen. Es wurde gemeldet, Abg. Medwedew wäre in Woronezh verhaftet worden.

Jetzt teilt das Wochenorgan der Kadettenpartei (16. August) mit: „In Anbetracht der äußerst revolutionären Tätigkeit der ehemaligen Mitglieder der Reichsduma, welche gegenwärtig für agitatorische Zwecke in den Dörfern umherreisen“ (so drückt sich der Minister aus), hat der Minister des Innern die Gouverneure und Stadthauptmänner beauftragt, gegen solche „Revolutionäre“ „unbeachtet ihrer öffentlichen Stellung“, die allerstrengsten Maßnahmen zu ergreifen, vermittelst ihrer Verhaftung. — Dieselbe Anleihe: In Woronezh, Kreis Choros, wird jeder Verkehr zwischen dem Abg. Kirilenko und seinen Wählern verhindert; Straßhülfs (Landpolizei) stehen vor seinem Hause und lassen niemand hinein; wenn er ausgeht, geben Straßhülfs ihm nach, um ihn zu isolieren. Ein von der Bevölkerung geplantes Meeting will die Polizei verhindern.

„Towarisch“ (16. August): In Smolensk wurde Abg. Wolkow, als er heimkam, am hellen Tage verhaftet; die Bauernbevölkerung forderte aber mit solcher Energie seine Befreiung, daß er nach zwei Tagen entlassen wurde. — Das Ministerium des Innern hat an die Heil. Synode über die Tätigkeit der Priester, die Dumamitglieder waren, eine Anfrage gerichtet. Am 11. August bekam die Heil. Synode aus dem Gouvernement Woronezh die gewünschte Auskunft vom Bischof und von der Kirchengemeinde über den Priester Pobjarkow (Arbeitergruppe). Der Bischof behauptet, Pobjarkow wäre schon längst „dunkler Wahneshofen“ überführt worden; der Oberpriester nennt ihn „Anarchist“; die Bauern der Pfarrei haben dagegen den Behörden geantwortet: „Er ist unser Wohltäter, wir ehren ihn wie den eigenen Vater, wir haben auf ihn unsere Hoffnung gesetzt.“

„Wir 16. Wjed.“ (8/16. August): Am 11. August wurde in Kischinew der Abg. Seffer verhaftet.

### Die Kriegesgerichte gegen die Menterer.

Kronstadt, 18. August. Das Kriegesgericht verurteilte heute 10 Teilnehmer an dem bewaffneten Aufstand zum Tode und 123 zu Zwangsarbeit; 15 Angeklagte wurden freigesprochen.

Reval, 18. August. Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“. Das Kriegesgericht hat außer dem schon gemeldeten Todesurteil über 18 Personen noch folgende Verurteilungen ausgesprochen: 12 Matrosen zu Zwangsarbeit von 6 bis zu 10 Jahren, 13 zur Verfehrung in eine Strafabteilung mit zeitweiliger Haft und 15 zu Disziplinarstrafen. 34 Angeklagte sind freigesprochen und 8 Zivilpersonen den Zivilgerichten übergeben worden.

### Ein Blutbad.

Jasowka, 20. August. Hier fand gestern ein von Tausenden von Arbeitern der Hüttaer-Gruben besetztes Meeting statt. Als zwei Schwadronen Dragoner die Menge auseinander zu treiben versuchten, fielen aus einem Hinterhalt Schüsse; daraufhin gaben die Dragoner fünf Salven ab. Viele Arbeiter wurden getötet oder verwundet; 18 Rädelöhner wurden verhaftet. Es herrscht große Erregung.

### Riga.

Riga, 19. August. Das aus 16 Mann bestehende Streitkomitee der Straßenbahner ist verhaftet worden; durch Roumenschläge wird bekannt gemacht, daß gegen alle Straßenbahner, welche nicht zur Arbeit zurückkehren, gerichtlich vorgegangen wurde, indessen ist bisher kein einziger auf seinen Posten zurückgekehrt.

Riga, 19. August. Gestern abend wurde auf einer belebten Straße ein verittener Polizeioffizier erschossen, während ein Schutzmann verwundet wurde. Den Tätern gelang es zu entkommen.

### Odessa.

Odessa, 19. August. Infolge Entlassung von einigen zum Streit auffordernden Maschinisten und Matrosen haben alle übrigen Maschinisten und Matrosen der russischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft in Sebastopol die Arbeit niedergelegt, so daß kein Dampfer von Sebastopol abgehen kann.

Odessa, 19. August. Gegen das Gutmagazin von Wechselstein und das Geschäft von Davidowitsch wurden Bomben geworfen, die jedoch nur geringen Schaden anrichteten. — Hier ist der Anarchist Kornfeld verhaftet worden.

### Elisabetpol.

Petersburg, 19. August. Die Nachrichten aus dem Gouvernement Elisabetpol lauten andauernd alarmierend. Das Departement des Generals Bawern soll von Tataren und Kurden umzingelt sein.

### Ein Bluttag in Lodz.

Die „Lodzer Zeitung“ berichtet über die Vorgänge am 15. August in Lodz:

### Die Interfons-Gebühr

Beitrag für die festgesetzte Annoncenzeile oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gemeinschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 30 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Interzate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

\*) Siehe die Artikel in Nr. 177 und 180 des „Vort.“

\*\*) Im ganzen erstreckte sich der Einfluß des Krimischen Verbandes auf 14 Städte Schirrhlands. Ein wesentliches Objekt seiner Tätigkeit bildete u. a. die Flotte.

Gegen 6 1/2 Uhr nachmittags zog vom Hause Annoststraße Nr. 12 der Leidenzug mit den beim Wende der Wollstrasse Fabrik zu Tode gekommenen Arbeiter der genannten Fabrik, Franz Josef Wundawski, durch die Wollstrasse nach dem katholischen Friedhof in Jargau. Die Teilnehmer war, besonders die Sozialisten, eine außerordentlich rege. Man konnte unter den Teilnehmern schon eine gewisse Unruhe wahrnehmen.

Während der Leidenzug hatte kaum die Ecke der Karola- und Wollstrasse passiert, ertönten Revolvergeschosse. Der Leidtragenden bewacht sich eine große Aufregung. Viele liefen davon. Es stellte sich heraus, daß vier junge Leute — andere sagen 2 — den Kopf der Teilnehmer- und Karolastraße postierten Schutzmännchen erschossen hatten. Auf sich blieb noch alles ruhig. Kurz vor 8 Uhr nachmittags zog wieder ein Leidenzug. — Der Leide war ein frommer Katholik. — Durch die Wollstrasse nach dem alten katholischen Friedhofe. Die Teilnehmer sangen Kirchenlieder und niemand achtete das Schreckliche, das sich jetzt ereignen werde. Der Leidenzug war gerade vor dem Hause Wollstrasse Nr. 17 angelangt, als plötzlich ein obenbeimstehender Anstalt ertönte: „Eine Bombe!“ rief man mit bleichen Lippen. Wolllich noch ein Anstalt, eine große Staubwolke stieg von der Karolastraße auf, dann ein Geschrei. Als sich der blühende Rauch verzogen hatte, sah man wie ein Mann — er soll es gewesen sein, der die zweite Bombe geworfen hat — in eine Dreifache sprang, wie sich das Pferd bäumte, so daß der Zuschauer es kaum hielten konnte. „Nicht! Nicht!“ rief der Mann in der Dreifache, und alles, was seine hatte, suchte sich nach Möglichkeit zu bergen. Naum 1 Minute nach der Explosion der beiden Bomben eröffnete Militär — meistens Apaten — ein Schussfeuer. Das in der Nähe promeniierende Publikum floh in panischem Schrecken in die Längswege der Häuser. Auch der Leidenzug zerfiel nach allen Richtungen. — Der Leidenwagen, einige Teilnehmer mit dem katholischen Geistlichen flüchteten in das Haus Wollstrasse Nr. 117, mehr tot als lebendig.

Truch! Truch! Truch! Eine Salve folgte der anderen. Nach allen Richtungen wurden vom 3. Polizeibezirk aus Geschosse abgefeuert. Die Schiesserei dauerte ungefähr bis gegen 8 Uhr abends.

Bei dem Attentat vor dem Polizeiamt wurden im ganzen 6 Bomben geworfen, die paarweise zusammengebunden waren. Zwei Paare explodierten und ein Paar versagte.

Die Explosion war von solcher Stärke, daß Türen und Fenster aus den Angeln fielen und ein Teil des Hofes herumschleuderte. Von den Säulen, Tischen und Stühlen blieben nur kleine Stücke übrig.

Wie aus der weiteren Schilderung hervorgeht, hat das Militär in den Straßen, wo angeblich Schüsse aus einigen Häusern gefallen sind, sämtliche Häuser längere Zeit beschossen. Die Bewohner mußten sich flüchtend auf den Boden werfen, um nicht getroffen zu werden. Es heißt in dem Blatte in der Beschreibung der Beschädigung eines Pfarrhauses:

Während einer ganzen Zeit flogen nun von der Süd- und Westseite die Geschosse durch die Fensterscheiben über die Köpfe hinweg ins Pfarrhaus und blieben, nicht nur Scheiben, sondern auch Diabanten, Gardinen, Portieren, Bilder, Wandstuck und sonstige Gegenstände durchbohrten, in den Wänden des Pfarrhauses und der Wohnungszimmer des Pfarrhauses stecken. Ein wahres Wunder ist es, daß bei dieser Beschädigung des Hauses sämtliche Invasoren unbeschadet blieben. Dem Angeschriebenen Herrmann lag eine Angel direkt über den Kopf bei seinem Schreibtisch und blieb in der gegenüberliegenden Wand stecken. Eine andere Angel streifte im Treppenhall Fräulein Angerheim am Arm. Gegen fünfzig Angeln sind in das Haus gedrungen und haben dort große Verwüstung angerichtet, während eine große Anzahl von Angeln das Haus von außen beschädigte.

Eine Einzelangabe aus dem Berichte des Blattes sei hier noch wiedergegeben:

Durch die nach dem Attentat auf den Straßen entstandene Schiesserei wurden folgende Personen verwundet und getötet: Vor dem Hause Nr. 13 wurde die 5 Jahre alte Elvira Poll, Tochter eines im Hause Nr. 55 der Hochdolmstraße wohnhaften israelitischen Kettenführers, die von ihrem im erwähnten Hause wohnhaften Oheim Broclawski auf dem Arme getragen wurde, von einer Geschosse auf der Stelle getötet. Dem Kinde wurde von der Kugel die Hälfte des Schädels vollständig abgerissen, so daß das Gehirn des Kindes auf Kopf und Schulter des Vaters fiel, der das Kind trug.

Die Zahl der erschossenen und bei der Explosion getöteten und verwundeten Polizisten und Kofazky, sowie der erschossenen und verwundeten Zivilisten vermag das Blatt nicht anzugeben.

#### Der wissbegierige Stolypin.

Petersburg, 20. August. (Ausk. Bg.). Stolypin erfährt, daß Dr. Nathan, einer der Vorsitzenden des Hilfsvereins der deutschen Juden in Petersburg eingetroffen sei. Der Zweck der Reise Nathans ist die Schlussabrechnung mit dem Zentralkomitee für Unterstützung der bei dem Pogrom Geschädigten. Stolypin äußerte den Wunsch, daß ihn Dr. Nathan besuche. Nathan wurde gestern von Stolypin empfangen. Die Unterredung dauerte über eine Stunde. Nathan gab auf Stolypins Frage Auskunft über die Krisis der jüdischen Aufstände im Ausland, ferner über die Meinung der deutschen Juden und der jüdisierten Welt über die unerträgliche Lage der jüdischen Bevölkerung in Rußland.

Ob Dr. Nathan dem Minister ungekündigt die Wahrheit gesagt hat?

## Politische Teberlicht.

Berlin, den 20. August.

### Bälows Flucht an die Öffentlichkeit.

Die Poddbielski-Affäre hat einen ganz eigenartigen Verlauf genommen. Noch bis zur Stunde ist an der bekannten „maßgebenden Stelle“ ein Entscheid nicht gefallen. Dagegen hat die „Nordd. Allgem. Bzg.“ eine hoch offiziöse Notiz gebracht, nach der Poddbielski formelle Verabschiedung nur noch die Frage von höchstens einigen Tagen sein kann. Die offiziöse „Nordd. Allgem. Bzg.“ schrieb nämlich:

„Wie wir hören, hatte der Reichskanzler bereits von Norderny aus dem Herrn Landwirtschaftsminister zu einer Reuehung über die in letzter Zeit vielfach erörterte Beteiligung des Herrn Ministers an den Geschäften der Firma Zippelskirch angefordert. Hieran ist von Eggenzen von Poddbielski eine eingehende Antwort erfolgt, in welcher der Herr Minister am Schluss gebeten hat, seinen Wunsch nach Entlassung aus dem Staatsdienste an allerhöchster Stelle zu unterbreiten.“

Demgegenüber hatte bekanntlich Poddbielski noch am Samstag im Berliner Scherblatt erklären lassen, daß er ein Abschiedsgesuch nicht eingereicht habe. Ja mehr noch: Der Landwirtschaftsminister bemut heute abermals das Scherblatt, um in aller Form gegen die Bälows-offizielle Mitteilung der „Norddeutschen Allgem. Bzg.“ zu protestieren! Er läßt nämlich durch das Scherblatt erklären:

„er habe tatsächlich bereits vor einiger Zeit, gleich im Beginn der Zippelskirch-Affäre, ein Schreiben an den Herrn Reichskanzler nach Norderny gerichtet, das etwa mit den Worten lautet: „Er, Herr von Poddbielski, sei zu alt, um sich in dieser Weise mit Schmutz bewerfen zu lassen, lieber würde er vorziehen, aus dem Staatsdienst zu scheiden.“

Der Minister, erklärt weiter das Scherblatt, habe diese Worte keineswegs als Einreichung seines Abschiedsgesuchs verstanden wissen wollen; wenn er ein solches beabsichtigt hätte, würde er dafür den vorgefertigten Beg einer Immmediatengabe an den Kaiser gewährt haben.

Diese Art der Einleitung einer Ministerverabschiedung ist in der Tat überaus original. Podd beruft sich auf die „allein maßgebende Stelle“, läßt durch die jungen Leute des Herrn Scherl aller

Welt verkünden, daß er gar nicht an einen Rücktritt denke und nicht die geringste Veranlassung zu haben brauche, daß sein längst in den maßgebenden Kreisen bekanntes Verhältnis zur Firma Zippelskirch ihm irgendwie verdacht werden könne — und zu gleicher Zeit veröffentlicht das offiziöse Organ auf Veranlassung des Reichskanzlers eine Erklärung, durch die Podd Darstellung als direkte Unwahrheit charakterisiert wird!

Da nicht anzunehmen ist, daß der sonst so diplomatische, alle inneren Kräfte ängstlich vermeidende Reichskanzler nicht erst den Versuch gemacht hat, sich mit Herrn v. Poddbielski in Güte zu verständigen, liegt die Vermutung nahe, daß der Landwirtschaftsminister nicht nur der Öffentlichkeit, sondern auch Herrn v. Bälows gegenüber die „allein maßgebende Stelle“ auszuspielen für gut gefunden und dadurch den Reichskanzler gezwungen hat, sich an die Öffentlichkeit zu wagen. Es ist ja nun anzunehmen, daß jene „maßgebende Stelle“ eher Herrn v. Poddbielski als ihren Verharb lassen lassen wird. Die Tage Podd sind also gezählt. Die „Deutsche Tageszeitung“ widmet ihm denn auch bereits einen warm empfundenen Nekrolog. Es müsse betont werden, daß er einer der besten Landwirtschaftsminister gewesen sei, die Preußen in dem letzten Weichenalter gehabt habe. Er habe nicht nur Verständnis, sondern auch ein Herz für die Landwirtschaft gehabt. Er habe vor allen Dingen jenen glücklichen, manchmal fast burlesken Optimismus besessen, der Schwierigkeiten zu überwinden gewußt habe. Namentlich solle ihm niemals vergessen werden, daß er „im Fleischnotrummel so fest gekleben“ sei. Gehe der Landwirtschaftsminister jetzt, so folge ihm der aufrichtige Dank der Landwirtschaft. „Ob sein eventueller Nachfolger ebenso hartnäckig sein wird, wer mag's sagen!“

Die Art, wie Poddbielski zum Rücktritt genötigt worden sei, sei allerdings peinlich. Die Veröffentlichung der Notiz in der „Nordd. Allgem. Bzg.“ sei weder nötig noch zweckmäßig gewesen. Bei der Lage der Dinge wäre es geratener gewesen, zu schweigen. Andererseits könne nicht bestritten werden, daß durch die manchmal etwas eigenwillige Art, wie das Woll-Blatt von Podd inspiriert worden sei, seine Position nicht habe befestigen können.

Im übrigen gibt das Blatt dem Reichskanzler zu bedenken, daß sich die Ministerkrise möglicherweise auch zu einer Kanzlerkrise auswachen könne. Die Hege der Presse habe sich neuerdings nicht nur gegen Poddbielski, sondern auch gegen höhere Stellen gerichtet. Man könne nicht leugnen, daß in einer ganzen Reihe von Blättern dem Kanzler vorgeworfen worden sei, er lasse die Fägel am Boden schleifen. Erst vor kurzem hat gegen ihn der Vorwurf erhoben worden, er habe Beschwerden über hohe Beamten der Kolonialverwaltung, die ihm un-mittelbar unterbreitet wurden, unbeachtet gelassen und lediglich gegen den Unterbeamten, der die Korruption aufgedeckt habe, ein Verfahren veranlaßt. Es sei zu befragen, daß die Hege namentlich in der sozialdemokratischen Presse noch weiter gehen werde. Auch unter diesem Gesichtspunkte sei die ganze Angelegenheit tief bedauerlich.

Die sozialdemokratische Presse ist allerdings der Überzeugung, daß in der Verfolgung der Kolonialskandale noch weiter gegangen werden muß. Und es will uns scheinen, als ob Herr Bälows der ganzen Affäre dadurch die Spitze abzubrechen versucht habe, daß er den Landwirtschaftsminister opferte. Wenn in der Ausführung der Kolonialkorruption wirklich irgend welches System läge, müßte in der Tat Herr v. Poddbielski der Reichskanzler höchst Bälows unmittelbar folgen. Da wir aber wissen, daß an eine solche systematische Bekämpfung der Kolonialkorruption gar nicht zu denken ist und daß auch das Zentrum sich krampfhaft bemüht, den ihnen so bequemen Reichskanzler zu erhalten — das hartnäckige Totschweigen des letzten Angriffs des Abgeordneten Eggenzen gegen Bälows beweist das — geben wir uns allerdings nicht der Illusion hin, daß, nachdem der Mantel gefallen ist, ihm jetzt auch der Herzog folgen würde!

Das schematische Vertuschungssystem wird gerade durch den Fall Podd triumphieren! —

### Zur sozialistischen Taktik in England.

Vor einigen Tagen ging uns folgendes Schreiben zu: „Werte Genossen, am Schluß des Vortrags „Die verflorenere Taktik des englischen Parlaments“ in Nr. 186 des „Vorwärts“ wendet sich Ihr erlauchter Korrespondent gegen den Genossen Mac Donald; er stellt die Behauptung auf, daß es mit Mac Donalds Sozialismus nicht weit her ist.“ Da derartige allgemeine Behauptungen in dem Geiste eines weniger orientierten Lesers allzuleicht haken bleiben, und so allmählich ein Eindruck entsteht, dessen Ursprung später nicht festzustellen ist, da ferner, wie ich zufällig weiß, Genosse Mac Donald sich zurzeit gerade auf einer Studienreise nach den Kolonien befindet, den „Vorwärts“ schwerlich zu Gesicht bekommt und daher nicht selber antworten kann, so gestatten Sie mir, gegen jene Behauptung Verteidigung einzulegen. Mac Donald steht neben Herr Hardie an der Spitze des englischen Sozialismus; er ist Vorsitzender der sozialistischen Independent Labour Party und Schriftführer der neuen Arbeiterpartei, der einzigen Vertretung des Sozialismus im englischen Parlament. Was seine politische Methode anlangt, so soll nicht in Abrede gestellt werden, daß sie von der Praxis und den Anschauungen, die bei den selbständigen, namentlich den deutschen Sozialisten üblich sind, vielfach abweicht; das hat er selbst sowohl wie auch Herr Hardie in den „Sozialistischen Monatsheften“ den deutschen Genossen dargelegt, und das hat seine Begründung in der, von der unsrigen vollständig verschiedenen politischen Struktur Englands, die eine ganz andere Art des Vorgehens bedingt und erfordert. Gerade im „Vorwärts“, und meiner Erinnerung auch gerade von Ihrem englischen Korrespondenten, ist diese Verschiedenheit mehrfach in überzeugender Weise auseinandergesetzt worden. Es steht nun selbstverständlich jedem Genossen frei, gegen einzelne theoretische Darlegungen Mac Donalds in einer wissenschaftlichen Polemik Stellung zu nehmen; das hat Ihr Korrespondent auch an anderer Stelle getan. Aber in einer, informativischen Zweck dienenden, Korrespondenz einer Tageszeitung auf Grund von kurz und unvollständig skizzierten Tatsachen — die auch bei ausführlicher Darstellung wenig beweisen würden, da sie Fragen der inneren englischen Parteipolitik betreffen, über die wir von hier aus eine begründete Meinung uns nicht bilden können, zumal wenn wir nur den einen Teil hören — den Führer einer ausländischen Bruderpartei herabzusetzen, das geht, glaube ich, über die Aufgaben eines Parteikorrespondenten hinaus. Es ist eine Absurdität, dem Vorsitzenden der einzigen sozialistischen Partei Englands — und das ist die I. L. P.; die S. D. P. ist ja durch Ihren Korrespondenten in sehr treffender Weise als bloße Missionsgesellschaft charakterisiert worden — den Sozialismus absprechen zu wollen. Mit derartigen Urteilen über ausländische Genossen sollte man um so zurückhaltender sein, als man bereits merkwürdige Erfahrungen damit gemacht hat; hat man doch bereits den Genossen Jaurès vor einigen Jahren als „großen Parteiverderber“ der Vertretung der deutschen Genossen überantwortet, um ihn jetzt als Führer und geistiges Haupt der gemäßigten französischen Sozialdemokratie zu feiern. Warten wir daher lieber doch noch einige Jahre Wirkksamkeit ab und sehen wir dann zu, ob die Sorge Ihres englischen Korrespondenten, daß Mac Donald „keineswegs die Beachtung verdient, die ihm in manchen sozialistischen Kreisen Deutschlands gezollt wird“, nicht am Ende ganz überflüssig war!

In der deutschen Parteipresse ist mit Recht vor einigen Wochen ein sonderbarer Bericht des Prüfflers „Peuple“ über eine deutsche Parteiangelegenheit gedruckt worden. Um so mehr sollte auch der Korrespondent des deutschen Zentralorgans unserer Partei darauf sehen, daß er nicht durch subjektive, allzu subjektive Einfälle den Wert seiner sonst so ausgezeichneten instruktiven Berichterstattung mindert. Vielmehr nimmt der nächste internationale Sozialistenkongress in Stuttgart — auf dem ja auch wohl die Genossen Herr Hardie und Mac Donald antreten sein werden — Veranlassung, über die internationale Berichterstattung überhaupt ein Wort zu sagen und zu verhandeln, daß wie Mac Donald neulich in einem Artikel ausführte, durch unrichtige oder einseitige Informationen ein Miß in die internationale Bewegung gebracht, und im besonderen die einzige lebensfähige Sozialistengruppe Englands der internationalen Organisation entfremdet wird. Uebrigens eine Bemerkung, die Mac Donald — das sei hier festgesetzt — nicht gegen den Korrespondenten des „Vorwärts“ gerichtet hatte.

Berlin, 12. August 1906.

J. Bloch.

Wir haben diese Bemängelung unserem Londoner Korrespondenten vorgelegt; er schreibt uns zurück:

Der Schreiber des Eingekamts, der es in seiner Zeitschrift gestattete, daß mit vorgeworfen wurde, „drollige Verichte“ an der „Vorwärts“ geschickt zu haben, dürfte es gar nicht leicht finden, plötzlich meine Verichte ernst zu nehmen und sie zu berichtigen. Er ist indes kaum berechtigt, sich in eine Fehde zu mischen, die schon seit dem Amerikaner Kongress andauert und die teils im „Labour Leader“, teils in der „Justice“ ausgetragen wurde.

Zur Sache selbst möchte ich folgendes sagen: Ich habe in den letzten vier Jahren keine Zeile im „Vorwärts“ geschrieben, die ich nicht durch Tatsachen und Argumente erhärtet hätte. Und meine Ausfühungen und Artikel über die innere und äußere Politik Englands und anderer Staaten haben sich in der Folge zum größten Teile als richtig erwiesen. Ich halte deshalb alles aufrecht, was ich über Mac Donald geschrieben habe. In England ist die politische Selbständigkeit eine Lebensfrage für die englische Arbeiterklasse und für den englischen Sozialismus. Sie ist wichtiger als das formale sozialistische Bekenntnis. Mac Donald hat aber durch Wort und Tat an dieser Selbständigkeit zu rütteln versucht. Deshalb bekämpfe ich ihn und bezweifle seinen Sozialismus. Daß ihm die Selbständigkeit der Arbeiterklasse ebensowenig belangt wie den Liberalen, dafür liegen Beweise vor — sowohl aus seinen Artikeln im „Speaker“, in der „Liberal Review“, wie aus den Wahlvorgängen in Leicester. Ich habe den Angriff gegen Mac Donald im „Vorwärts“ nicht gern unternommen, da ich der Ansicht bin, daß man fremde Konflikte nicht in Deutschland, sondern in den Ländern der Korrespondenten ausfechten soll. So schrieb ich in der „Justice“ vom 15. Oktober 1905 unergleichlich heftiger gegen Mac Donald, als im „Vorwärts“; ebenso gegen Shaw in der „Clarion“. Aber angeht die Strafpredigt Mac Donalds gegen den „Vorwärts“ hielt ich es für notwendig, den deutschen Genossen die Wahrheit über den Strafprediger zu sagen.

Im übrigen mag sich der Schreiber des Eingekamts beruhigen: Es hat Jaurès nichts geschadet, daß Kantstäd ihn zu hart ansah, und es wird auch Mac Donald nichts schaden, unangenehme Urteile über sich zu hören. Und wenn er aus demselben Stoffe gemacht ist wie Jaurès, so wird er früher oder später mit Handman und Ducloux ebenso harmonisch zusammenarbeiten wie jetzt Jaurès mit Guesde und Lafargue zum Heile des französischen Sozialismus.

Sollten sich Mac Donald und Hardie auf dem nächsten internationalen Kongresse über die Zeitungskorrespondenzen beklagen, so dürfen die deutschen Genossen versichert sein, daß ich dabei nicht schlicht wegstomme werde.

Der Londoner Korrespondent des „Vorwärts“.

Die Erörterung unseres Korrespondenten ist so durchschlagend, daß sich für uns jeder Zusatz erübrigt. —

## Deutsches Reich.

### Nachmals die Ueberproffite der Monopolfirma Wörmann.

In welcher Art die Firma Wörmann dank ihrem südwestafrikanischen Transportmonopol, das Herr Zippelskirch als der Vertreter der Firma durchzusehen verstand, Niefenproffite einzuhelfen vermochte, schildert die „Bzg.“ folgendermaßen:

Ueber 2 1/2 Jahre dauert nun der Feldzug; diese vielen Transporte nach Afrika und zurück, die Schiffe stets voll beladen. Rechnen wir nur einmal mit einem Transport, wie er 1905 im Sommer abging: 800 Mann, 35 Offiziere, 200 Pferde. Pro Mann wird zirla 400 Mark Ueberfahrt bezahlt, macht 800 x 400 = 320.000 Mark, pro Offizier zirla 700 Mark = 25.000 Mark, pro Pferd zirla 400 Mark = 80.000 Mark, zusammen 425.000 Mark. Hierzu noch die Einnahmen für Getränke, die in die Verpflegung nicht eingeschlossen waren, die ich gering mit 25.000 Mark annehme, so daß für den Transport lebender Wesen zirla 450.000 Mark veranschlagt werden. Nun noch einige tausend Tonnen Brauch (Kriegsmaterial, Regierungsgut usw.), die Tonne beziehungsweise Kubikmeter zu 47 Mark bis Swalopmund gerechnet; nehmen wir gering gerechnet an 3000 Tonnen = 140.000 Mark. Sind in Swalopmund die Landung langsam vor sich, so kamen noch ganz gehörige Liegegelder, pro Tag einige Tausend Mark, hinzu und da manche Schiffe Wochenlang lagen, kann man sich eine runde große Summe herausrechnen. Auf der Heimreise führen die Schiffe auch nicht leer, überall wurde gehalten und Fracht eingenommen, außerdem Kranke und Verwundete sowie abgelöste Mannschaften (Marineexpeditionskorps) und Passagiere mit nach Hause befördert. Allerdings gab es auch kleinere Transporte, die weniger einbrachten, aber meiner Schätzung nach brachte jede Fahrt von und nach Hamburg—Swalopmund und zurück über 1/2 Million Fracht ein, und wie oft sind diese Transporte gegangen! Man darf nur die Schiffsnachrichten his heute studieren; ständig eine Flotte von zirla 20 Schiffen unterwegs zwischen Hamburg und Swalopmund. Nun erst die Viehtransportdampfer nach Swalopmund von Kapstadt-Durban, East London, Port Elizabeth, fast alles mit Wörmann-Flagge. Seit 2 1/2 Jahren ständig hin und her, fast jeden Monat einmal mit „Edward Bohlen“, „General“, „Erch Wörmann“ und wie sie alle hießen. Jeder Dampfer hatte zirla 800 bis 900 Stück Großvieh oder Maultiere, Fiel und Hammel. Nun kostet ein Lohse oder Maultier zum Beispiel von Kapstadt nach Swalopmund zirla 100 Mark, Fracht bei drei bis vier Tagen Seereise; ein Dampfer mit 800 Tieren an Bord von Kapstadt nach Swalopmund trug also zirla 80.000 Mark Fracht ein auf drei- bis vierstägiger Seereise. Kein Wunder, wenn da in die Schiffe hineingestopft wurde, was hineinging.

Wie die „Frankf. Bzg.“ weiter ausführt, waren die englischen Dampfer, die man zum Viehtransport gebrauchte, zum Viehtransport eingerichtet und nie überladen. Größere Verluste durch Eingehen des Viehes waren nie zu verzeichnen, während bei den Wörmann-Dampfern zuweilen von 800 Dachsen unterwegs bereits 100 verreckt waren! —

### Ergebnis der Cronberger Zusammenkunft.

Ueber die Cronberger Entree schreibt die „Nordd. Allg. Bzg.“: Die Begegnung Seiner Majestät des Kaisers mit Seiner Majestät dem König von England in Schloß Friedrichshof ist für beide Teile unter befriedigenden Eindrücken verlaufen. Der Verkehr zwischen den Monarchen trug das Gepräge freundschaftlichen Entgegenkommens und vermontschaftlicher Herzlichkeit. Jedes geistliche politische Ausbeuten der Zusammenkunft liegt und fern; sie bildet aber mit den ungetriebenen Erinnerungen, die sie hinterläßt, eine weitere Etappe auf dem Wege der durch den Aufenthalt von Vertretern deutscher Städteverwaltungen und der deutschen Presse in England angebahnten allmählichen Besserung in den Be-

ziehungen zwischen den Völkern, den Regierungen und den Herrschern Deutschlands und Großbritanniens. In zwanglosen, freundschaftlichen Gesprächen sind auf Schloß Friedrichshof, wie kaum gefast zu werden braucht, auch die großen Fragen der Politik erörtert worden, und wir wissen, daß dies in einem Geiste geschehen ist, wie es der Festigung des europäischen Friedens nur förderlich sein konnte.

Die Monarchenzusammenkunft wird also hier in ihrer Bedeutung für den europäischen Frieden und die Besserung des Verhältnisses zwischen England und Deutschland gewissermaßen auf eine Stufe mit der Journalisten-Weisheit gestellt. Nun, wir haben gegen diese Parallele nichts einzuwenden. Das maritime Beträuben wird trotzdem weiter gehen. Hoffen wir, daß wenigstens künftig bestimmende Momente wie die Algierreise nicht mehr vorkommen!

**Steigende Viehpreise — Rückgang des Fleischkonsums.**

In einem Retrolog auf Pold bedient sich das Organ der Strohdachflüchtenden wieder einmal des trivialen Ausdrucks „Fleischnotrummel“. Was es mit diesem „Rummel“ für eine Verwandtschaft hat, beweisen folgende Tatsachen:

Aus allen Teilen des Reiches laufen Meldungen ein, wonach die Viehpreise während der letzten Märkte um 5—6 M. gestiegen sind. Speziell in Süddeutschland macht sich, wie die „Deutsche Fleischzeitung“ meldet, ein großer Viehmangel bemerkbar, so daß sich Münchener Fleischermengen zu geringen Preisen, auf neue bei der Regierung vorstellig zu werden. Dementsprechend wurde für übermorgen eine Ausschüttung einkufen, um die Fleischpreise den Viehpreisen entsprechend zu erhöhen. Auch in Berlin und Leipzig sind die Preise um etwa 8 M. pro Zentner gestiegen.

Auch die „Zeitschrift des Oberhessischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins“ führt in ihrer neuesten Nummer Beschwerde darüber, daß man noch immer nichts gegen die „Kalamität der Fleischnot und der Fleischveruerung“ unternimmt:

„Zur Zeit unserer vorjährigen Generalversammlung standen wir in der betreffenden Tätigkeit mitten drin, und es hatte gerade kurz vorher auf Veranlassung des Herrn Landwirtschaftsministers hier in Kattowich eine Konferenz von Vertretern aller beteiligten Behörden und Interessenten stattgefunden. Leider hat sich danach unsere damalige Hoffnung, daß die von den Kennern der Verhältnisse allseitig verlangte Erhöhung des zur Einfuhr nach Oberhessen zugelassenen Wochenkontingents russischer Schweine baldigst erfolgen werde, nicht erfüllt. Wir halten uns für verpflichtet, auch heute und an dieser Stelle zu wiederholen, daß im vorigen Jahre in der Fleischnotfrage die königliche Staatsregierung das Notwendige und Mögliche unserem Industriebezirk und namentlich unserer Arbeiterbevölkerung gegenüber unterlassen hat, und die sichere Hoffnung und dringende Bitte auszusprechen, daß eine derartige unnütze Schädigung unseres Industriebezirks in Zukunft nicht mehr erfolgen möge.“

Endlich lesen wir in der neuesten Ausgabe der von Dr. Jastrow herausgegebenen „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“:

„Man fragt gegenwärtig schon gar nicht mehr, wenn die Ergebnisse der Schlachtwirtschaft und Fleischschau veröffentlicht werden, ob der Fleischverbrauch Deutschlands wieder gesunken ist, sondern nur noch, um wieviel hat das deutsche Volk seinen Fleischverbrauch wieder einschränken müssen. Seit der erstmaligen Veröffentlichung, die für das dritte Quartal 1904 erfolgte, ist der Fleischkonsum unaufhaltsam zurückgegangen und dies in Zeiten einer aufsteigenden Konjunktur! In den einzelnen Halbjahren kamen nämlich auf den Kopf der Bevölkerung Kilogramme

|                   |       |
|-------------------|-------|
| II. Halbjahr 1904 | 20,83 |
| I. „ 1905         | 19,29 |
| II. „ 1905        | 18,97 |
| I. „ 1906         | 18,40 |

Im laufenden Jahre ist demnach der Verbrauch um rund 4 Pfund niedriger als 1904; das macht, auf eine vierköpfige Familie berechnet, für die Familie eine Einschränkung um 16 Pfund. Bedeutet man nun noch, daß durch die hohen Fleischpreise die minder bemittelten Schichten stärker als die begüterten zu einer Verringerung der Fleischernährung gezwungen werden, so dürfte danach die Ernährung der großen Massen noch mehr gelitten haben, als aus diesen Ziffern ersichtlich ist.“

**Pold geht — es lebe der Fleischwucher!**

„Rächt der Abgang Poldbielkis dem Fleischer-Gewerbe und den großen Massen des Volkes?“ Diese Frage findet in der „Allgemeinen Fleischzeitung“ eine Erörterung, die zu dem Schluß kommt:

„Poldbielkis geht, aber das System wird bleiben, das sind wir sicher und dafür haben wir aus Kreisen, die engste Fühlung haben mit den hier maßgebenden Faktoren, zuverlässige Bestätigung. Unser Kampf wird also mit Poldbielkis Scheitern nicht beendet sein, sondern wir werden auch künftig immer mehr und immer nachhaltiger eintreten müssen für die Defixierung der Grenzen, nehmen doch die Viehpreise gerade jetzt wieder eine immer bedrohlichere Höhe an, wir werden zu kämpfen haben, bis auch das System dieser Verwaltung geändert ist.“

Genosse Bebel übersendet uns die folgende Erklärung mit der Bitte um Veröffentlichung:

„Nachträglich kommt mir die „Freie Jg.“ mit ihrem Leitartikel (überschrieben „Diktator Bebel“) vom 12. August zu Gesicht. Der Verfasser des Artikels regt sich sehr auf über den Beschluß des Parteivorstandes, das Protokoll der Gewerkschaftskonferenz zu veröffentlichen, ein Beschluß, der als „ein völlig undemokratischer“ bezeichnet wird, den der sozialdemokratische Parteivorstand gegenwärtig gegen die Forderung der Gewerkschaften, sämtlich in der Wölle gefasste Sozialdemokraten, unter Bebel's Führung verabschiedet habe.“

Damit spiele sich der Parteivorstand unter Führung Bebel's gegenüber den Gewerkschaften als Diktator auf. Wenn sich die Gewerkschaften dieses Verfahrens des sozialdemokratischen Parteivorstandes gefallen lassen, dann verdienten sie, unter die Diktatur Bebel's gestellt zu werden. In ähnlichem Ton geht es fast zwei Spalten lang weiter.

Ich habe den Artikel der „Freie Jg.“ mit großem Vergnügen gelesen und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, weil sämtliche Unterstellungen, die der Verfasser desselben mir macht, ein Produkt seiner ausschweifenden Phantasie sind.

Ich stelle fest:  
1. daß ich der Sitzung des Parteivorstandes, in der dieser seinen Beschluß über das in Frage stehende Protokoll fasste, nicht beigewohnt habe, weil ich zu jener Zeit fern von Berlin war.  
2. daß ich mein Votum schriftlich einbrachte, das dahin ging, der Parteivorstand möge von einem Beschluß, das Protokoll zu veröffentlichen, absehen und die Angelegenheit dem Rammheimer Parteitag zur Entscheidung überweisen.  
Der Parteivorstand hat also gegen meine, des „Diktators“, Auffassung Beschluß gefaßt. Ich sehe aber nicht an zu erklären, daß, nachdem ich die Gründe kennen lernte, die für den Beschluß des Parteivorstandes hauptsächlich maßgebend waren, ich dieselbe billige. Vielmehr hat die „Freie Zeitung“ die Gewogenheit, diese meine Erklärung in ihren Spalten zu veröffentlichen. Aus derselben ist mir über ihre Fehler allerdings nichts, welchen kompletten Unsinn sie ihnen in ihrem Leitartikel vom 12. August vorgelegt hat, sie wird deshalb aber auch den Abdruck meiner Erklärung unterlassen.

**Ausland.**

**Oesterreich.**

**Deutsch-österreichische Halbgerien.** Aus Troppau wird vom 20. August gemeldet: Eine gestern nachmittag in Gillschütz abgehaltene tschechische Versammlung verlief ruhig; nachher zogen etwa 200 Teilnehmer in kleinen Gruppen in die Stadt. Hierbei kam es zu Zusammenstößen mit Deutschen; die Gendarmen schritt ein; eine heftige durch das Werfen einer Knallbombe erzeugte Detonation rief Verwirrung hervor. Um die Anstimmungen zu zerstreuen, rückten zwei Kompanien Infanterie aus und bald trat Ruhe ein. Nach dem Abzüge des Militärs zogen deutsche Demonstranten neuerlich in Haufen durch die Stadt und warfen am Gebäude der Landesregierung und einem Privat Hause mehrere Fenster ein. Rummel wurde die Herrengasse durch Gendarmen abgesperrt. Nach Mitternacht trat volle Ruhe ein.

**Schweiz.**

**Militärisches.** Das Militärgericht von Chaux-de-Fonds beurteilte den Refruten Heinrich Schaad, der aus Gewissensgründen sich geweigert hatte, die Refrutenpflicht zu absolvieren, zu drei Monaten Gefängnis ohne Abzug der Untersuchungshaft, sowie zu 2 Jahren Einstellung im Aktivbürgerrecht und zu den Kosten.

**Frankreich.**

**Ein internationales Arbeiterfest in Paris.**

Paris, 19. August. (Fig. Ver.) Gestern Abend hat Paris eine sozialistische Kundgebung von nicht gewöhnlicher Art gesehen. Der alte Wiener Arbeiterbildungsverein, der in der österreichischen Parteipresse eine unvergeßliche Rolle gespielt hat, hat in diesen Tagen eine Reise nach Paris veranlaßt, zu der sich 400 Teilnehmer vereinigt. In der französischen Partei hat dieser Besuch eine große Aufmerksamkeit hervorgerufen. Schon bei der Ankunft auf dem Pariser Ostbahnhof am Freitagmorgen wurden die Wiener Genossen von hunderten Pariser Sozialisten willkommen geheißen. Der Parteivorstand, die Seinesöderation, verschiedene Bezirksgewerkschaften und die Parteigruppen mehrerer Vorortgemeinden waren vertreten. Für gestern war eine internationale Festversammlung angesetzt, die von der Seinesöderation in Gemeinschaft mit dem deutschen sozialistischen Leselub und mit der Vereinigung der Pariser sozialistischen Ungarn einberufen worden war. Im großen Saale des Elys Montmartre drängten sich über 3000 Personen. Die französischen Genossen bildeten natürlich die Mehrzahl, aber auch Holländer, Skandinavier und Slaven waren anwesend. Den Vorsitz führten Genosse Lafargue für die Franzosen, der Obmann des deutschen Leselubs Schreyer und Reichratsabgeordneter Eldersch für die Desterreicher. Auf der Estrade, die mit den roten Fahnen verschiedener französischer Parteiorganisationen geschmückt war, hatten auch ein Vertreter der Ungarn und die Abgeordneten Dejeante und Constans neben anderen Delegierten Platz genommen.

Die Versammlung wurde mit Chorgesängen des ausblühenden Pariser deutschen Arbeiter-Sängerbundes eingeleitet. Zum erstenmal ertönte auf französischem Boden der deutsche Sozialistenmarsch, gleichsam den Grundton dieses Festes anschlagend, das der Idee der Völkerverbrüderung im Zeichen des proletarischen Klassenkampfes gewidmet war. Donnernder Beifall lohnte die Darbietungen der Sänger. Die Desterreicher, die von einem Ausflug nach Versailles etwas verspätet eintrafen, wurden mit dem jubelnden Ruf: „Vive la Sociale“ begrüßt und die „Internationale“ brauste, von den Tausenden begeistert gesungen, durch den weiten Saal.

Den Reigen der Reden eröffnete Genosse Lafargue. Er gedachte des abwesenden Genossen Dr. Viktor Adler, seines alten Freundes, dessen Wirken im internationalen Proletariat in so hohem Ansehen steht und entbot ihm und allen Sozialisten Desterreichs den Gruß der französischen Arbeiterklasse. In seiner temperamentvollen und wuchtigen Rede, die jedoch auch von französischer Anmut und Lebendigkeit durchleuchtet war, wies er auf die Bedeutung dieser Arbeitervereine hin, die Volk zu Volk bringen und mehr als bloßer Schauakt dienen. In ähnlichem Sinne sprach Genosse Eldersch, der der Freunde Ausdruck gab, den französischen Parteiveteran Lafargue diese Versammlung leiten zu sehen, und die Einigung der französischen Sozialisten begrüßte. Es sprachen noch Schreyer für den Leselub, der Ungar Filler für seine Landsleute, Pommeroy für die Volksunversitäten, die Deputierten Constans und Dejeante als Vertreter der Fraktion, zum Schluß Genosse Albert Thomas im Namen der Administrationskommission der Partei.

Nach der Annahme einer Resolution, die die russischen Sozialisten in ihrem Kampf begrüßt und den Entschluß des internationalen Proletariats kundgibt, sich einer reaktionären Interventionspolitik der Regierungen mit allen Mitteln zu widersetzen, stimmten die deutschen Sänger in französischer Sprache die „Internationale“ an und mit enthusiastischen Hochrufen auf die proletarische Revolution wurde diese von praktischer Kampfernergie durchglähete Versammlung geschlossen, die nicht nur durch das äußere Merkmal denkwürdig bleiben wird, daß sich hier, zum erstenmal seit dem Krieg, in einer freien Volkversammlung Deutsche und Franzosen vereinigt, sondern wohl auch in der Praxis der sozialistischen Bewegung als ein bedeutender Versuch, den proletarischen Internationalismus durch unmittelbare Anschauung zu befestigen, dauernde Spuren hinterlassen wird.

**Eine gruselige Anarchistengeschichte** wird wieder einmal aus Marseille unterm 20. August also gebracht: Hier wurde der italienische Schuhmacher Cirillo Franzesco, der sich Giovanni Vincenza nannte, verhaftet, nachdem man in seiner Wohnung Material zur Herstellung von Bomben gefunden hatte. Man vermutet, daß ein Attentat gegen den Präsidenten Fallières, der am 15. September in Marseille erwartet wird, geplant war. Franzesco gehört einer Gesellschaft meist italienischer Anarchisten an, von denen bereits mehrere aus Frankreich ausgewiesen sind.

Nach einer anderen Meldung heißt der gefährliche Mensch, der einen geladenen schußfähigen Revolver und einen falschen Paß bei sich trug, Spirillo. Man wird abzuwarten haben, was bei der Affäre herauskommt, ob sie sich nicht schließlich in blauen Dunst auflöst, wie so manche andere gruselige Komplottentdeckung.

**Spanien.**

**Ordnungshiererei.** Aus Cadix wird vom 10. August gemeldet: In Chiclana kam es bei der Erhebung von Steuern zu Straßenunruhen. Vor dem Theater versammelten sich zahlreiche Demonstranten, welche der Bürgermeister zu beruhigen suchte, indem er mit Steinen bombardiert, während ein Mitglied des Gemeinderates von einem unbekannt gebliebenen Täter einen Dolchstoß erhielt. Darauf gab der Bürgermeister der inzwischen eingetroffenen Bürgergarde den Befehl zum Schießen. Es wurde eine Salve abgegeben, durch welche 5 Personen, darunter ein sechsjähriges Mädchen, schwer verletzt wurden. 13 Verhaftungen wurden vorgenommen. Eine Abordnung von Bewohnern der Stadt ist nach Cadix abgereist, um gegen das gewalttätige Einschreiten der Bürgergarde beim Präfeldien Einspruch zu erheben.

**Portugal.**

**Wahlen.** Aus Lissabon wird vom 20. August telegraphiert: Bei den gestrigen Wahlen haben die Mitglieder der liberalen Konzentration die Mehrzahl der Stimmen erlangt; ihr Sieg ist

gesichert. Die konservative Partei dürfte insgesamt 20 Mandate erringen.

**Balkan.**

**Die Griechenverfolgung in Bulgarien.** Aus Sofia wird vom 10. gemeldet: Der Ministerrat beschloß sämtliche durch Brand zerstörte Häuser in Anchiolo nach vor dem Winter auf Staatskosten wieder aufbauen zu lassen. Das in Philippopol abgehaltene sehr zahlreich besuchte allbulgarische Meeting verlief ruhig. Es wurde eine Resolution angenommen, durch welche die bulgarische Regierung angefordert wird, die diplomatischen Beziehungen zu Griechenland abzubrechen, alle staatlich angestellten Griechen zu entlassen, griechische Waren zu boykottieren und mit allen Mitteln den Kampf gegen die Griechen zu unterstützen, bis Paragraph 23 des Berliner Vertrages erfüllt wird. Mehrere Redner hoben hervor, daß die Türkei die Hauptschuld an den Zuständen in Razedonien trage, und forderten die bulgarische Regierung auf, der Türkei deshalb den Krieg zu erklären. Nach der Versammlung fanden Sympathieversammlungen vor dem englischen, russischen und französischen Konsulate statt. Auch in einigen Provinzhauptorten wurden anti-griechische Versammlungen abgehalten, die sämtlich ruhig verliefen.

Aus Konstantinopel wird vom 18. August berichtet: Der griechische Dampfer Katali brachte ungefähr 300 griechische Flüchtlinge aus Varna, Burgas und Anchiolo hierher. Ein Teil derselben wurde hier an Land gesetzt, während die übrigen sich nach Griechenland begeben.

Die Pforte hat die bulgarische Regierung zum energigsten Einschreiten gegen die Griechenhege aufgefordert.

**Westindien.**

**Es revoluzzert auf Cuba und San Domingo.** Aus Havana wird über New York vom 20. August gebracht: Die Verhaftung mehrerer führender liberaler Persönlichkeiten hat zu der Einberufung einer ersten Versammlung geführt, die, wie behauptet wird, auch die Ermordung des Präsidenten Palma zum Zweck hatte. Es werden Truppen zur Entsendung nach der Provinz Pinar del Rio bereit gehalten, wo die Revolutionäre, die etwa 200 Mann zählen sollen, Munitionsvorräte besitzen sollen. Drei Personen sind dort bereits verhaftet worden. Die Meldung aus San Domingo lautet: Revolutionäre Wunden plünderten Dajabon! 20 Personen wurden getötet, viele verbrannt. Die Revolution dringt nach Monte Christo vor. Im ganzen Norden des Landes herrscht Anarchie.

**Gewerkschaftliches.**

**Wir Arbeitswillige können einen totschlagen.**

Mit diesen frechen Worten rühmte sich während des ewig denkwürdigen Grimmitzauer Weberstreikes ein Arbeitswilliger dessen, daß in Deutschland den Streikbrechern alles gestattet sei zu derselben Zeit, wo den von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machenden Arbeitern Schranken aller Art gezogen sind. Die „nützlichen Elemente“ glauben fest daran, daß jede, auch die bedenklichste ihrer Handlungen, behördlichen Schutz findet oder mindestens auf wohlwollende Neutralität bei den Behörden stößt. Und in diesem Glauben handeln sie.

Nur so ist der in unserer Sonntagsnummer schon telegraphisch gemeldete Vorfall in Nürnberg zu erklären, bei dem ein Streikbrecher einen Streikenden über den Haufen schob.

In der Automobilfabrik „Union“ zu Nürnberg stehen die Schlosser und Dreher seit beinahe einem Vierteljahr im Ausstand, ohne daß es bis jetzt zu einer Szene auf der Straße gekommen wäre, die Streikenden führten ihren Kampf mit völliger Ruhe durch. Das schien den Groll des Fabrikanten, Maurer mit Namen, noch mehr zu steigern und allem Anschein nach suchte er die Streikenden zu irgend einem unbedachten Schritt zu provozieren, um daraus für sich Kapital schlagen zu können. Am Freitag mittag benahmten sich die Streikbrecher derart frech und herausfordernd, daß es zwischen ihnen und den Streikposten zu einem kleinen Geplänkel kam. Darauf empfing der Direktor Maurer seine Streikbrecher unterm Fabrikort mit den Worten: „Ihr habt doch Messer in der Tasche; zeigt ihnen doch, daß ihr Euch nicht fürchtet um.“ Als um 6 Uhr abends die Streikbrecher die Fabrik verließen, warfen sie sofort nach den Posten mit Steinen und einer zeigte einen Revolver und rief: „Der erste, der herkommt, den schieße ich nieder!“ Die anderen waren mit zugespitzten Eisenstangen und anderen Mordwerkzeugen versehen und ihre herausfordernde Haltung hatte bald den von ihnen gewünschten Zusammenstoß zur Folge. Die Polizei schritt nicht ein, denn die Angreifer waren nicht die Streikenden, sondern die Arbeitswilligen, und der Fabrikdirektor Maurer war selbst unter dem Gemenge; er war mit einem Automobil dazwischen gefahren und schlug mit einer Luftpumpe aus dem Wagen heraus. Nachdem dies einige Minuten gedauert hatte, ging bald darauf die Schlägerei von neuem los, denn die Streikbrecher, so feig sie sonst sind, fühlten sich kolossal mutig, sie waren ja in der Uebermacht und mit Waffen gut versehen, außerdem glaubten sie die Polizei auf ihrer Seite. Inzwischen war der Streikleiter herbeigeeilt; er war aber noch nicht ganz heran, so schob ihn ein Streikbrecher nieder, ohne daß jener nur eine Miene zum Angriff gemacht hätte. Die Kugel drang mitten in die Brust und blieb in der Lunge stecken. Der Betroffene wendete sich sofort zurück, der Nordbube feuerte aber noch weitere zwei Schüsse auf den Zurückgehenden, die ebenfalls trafen, dann ergriff der Nordbube die Flucht. Nun erst zeigte sich die Polizei tätig. In einem eben dahersahenden Automobil suchte ein Polizist Aufnahme, jagte dem Muthund nach und verhaftete ihn.

Als der Schwerverwundete nachher an der Fabrik vorbeigefahren wurde, läste es bei dem unterm Tor stehenden Personal mit dem Direktor Maurer an der Spitze nur höhnische Gesichtszugungen aus.

Der tödlich Getroffene heißt Melchior Fleischmann, ist 29 Jahre alt und Vater von vier Kindern. Sein Tod kann stündlich eintreten.

**Berlin und Umgegend.**

**Die Schlosser, Maschinisten, Heizer usw. der Zentrale der Berliner Elektrizitätswerke,** welche im Verband der Maschinen- und Heizer organisiert sind, hielten Sonntag bei Volz in der Ritterstraße eine stark besuchte Versammlung ab, um zu einem neuen Statut endgültig Stellung zu nehmen. Der Tarif steht für Oberhelfer einen Anfangsgehältslohn von 57½ Pf. frei, für in drei Zeitschnitten nach 1½ Jahren bis auf 65 Pf. frei. Für Reparaturschlosser 50 Pf., steigend bis 57½ Pf.; für Oberheizer 55 Pf., steigend bis 60 Pf.; Maschinisten und Schallisten 47½ Pf. bis 55 Pf.; Akkumulatorenwärter, Dynamowärter, Schmiezer, Kohlenelevatorführer, Kesselreiniger, Kohlenladenzücker und Pumpenwärter 42½ Pf. bis 50 Pf., steigend. Sonntags- und Feiertagsarbeit 25 Proz. Zuschlag. Die Karenzzeiten, die gegenwärtig mit ½, 1½ und 2½ Jahre andauern, sollen in Zukunft mit ¼, ¾ und 1½ Jahre festgelegt werden. Falls eine Kommission für die Ruhegehaltsfrage nicht besteht, soll eine solche aus sämtlichen Arbeiterkategorien gewählt werden. Diese Kommission soll dahin wirken, daß den Austrittenden aus den Elektrizitätswerken der eingezahlte Betrag voll ausbezahlt werde, derart, daß nur die Zinsen

als Verwaltungskosten berechnet werden dürfen. Der Tarif wurde angenommen. Der Arbeiterausschuss soll beauftragt werden, der Direktion die Forderungen zu unterbreiten und für Bewilligung derselben mit allem Nachdruck einzutreten.

### Der Streit der Paketfahrt-Angestellten.

Der Lokalberein Berliner Speditoren hat dem Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter gestern folgendes Schreiben übersandt:

Nachdem sämtlichen Mitgliedern unseres Vereins der gleiche Brief vom 18. cr. mit Revers zugegangen ist, hat am heutigen Tage vormittags 10 Uhr eine Sitzung des Lokalbereins Berliner Speditoren stattgefunden, an der fast sämtliche Mitglieder teilgenommen haben. Es ist einstimmig beschlossen worden, Ihnen folgende Antwort zu erteilen:

1. Die Mitglieder des Lokalbereins Berliner Speditoren verbleiben bei der Ansicht, dass es überaus wünschenswert ist, dass die in den Abmachungen vom September 1905 vereinbarten „Allgemeinen Grundsätze“ bei allen Berliner Speditorsbetrieben für ihre Aufsicher, Mitfahrer und Bodenarbeiter zur vollen Durchführung gelangen.

2. Wie bereits in der gemeinsamen Kommissionsitzung vom 17. cr. zugestanden worden ist, werden durch die Mitglieder des Lokalbereins während der Dauer des Streites keinerlei Aufträge für die Berliner Paketfahrt-Gesellschaft Starke u. Co. ausgeführt werden. Sollten Sie hiervon abweichende Vorkommnisse feststellen, bitten wir dieselben uns unverzüglich zwecks weiterer Veranlassung bekannt zu geben.

3. Was den Abschluss fester Verträge mit der Gewerkschaft betrifft, so ist ebenfalls in der gemeinsamen Kommissionsitzung vom 17. cr. klar gestellt worden, dass solche undurchführbar und auch praktisch wertlos sind. Die Verhältnisse liegen in Berlin so, dass bei direkten Speditorsaufträgen wir gar nicht in der Lage sind, sofort festzustellen, ob es sich um Kunden der Berliner Paketfahrt-Gesellschaft Starke u. Co. handelt oder nicht; auch können weder an unsere Adresse gestellte noch bei uns von den Versendern direkt zur Abholung angemeldete Güter die Verzögerung erleiden, die durch den von Ihnen verlangten Vertragsabschluss bedingt würde.

Die Mitglieder des Lokalbereins Berliner Speditoren haben auch in der heutigen Sitzung die feste Absicht ausgesprochen, die zwischen ihnen und ihren Arbeitnehmern auf Basis der „Allgemeinen Grundsätze“ abgeschlossenen Verträge in allen Punkten auszuführen. Wir bringen dies hiermit ganz besonders zum Ausdruck und zeichnen hochachtungsvoll

Lokalberein Berliner Speditoren  
gez. Emil Jacob, Vorsitzender.

Die Streikenden hatten am Sonntag keine Versammlung, kamen aber am Montag früh zusammen und besprachen ihre Angelegenheiten. — Durch das solidarische Handeln der Kolltuscher, Hausdiener und anderer Sektionen im Zentralverband erwacht ihrer Sache viel Nutzen. Die Streikenden trauen keinen Versprechungen, deren Innehaltung nicht durch den Zentralverband gewährleistet wird; ihre Organisation ist, wie sie erfahren haben, ihre beste Rückendeckung. Der Kampf wird in erster Linie um die Anerkennung der Organisation geführt, und von dem Vorschlag der Paketfahrt, dass sie mit einer Kommission ihrer Arbeiter verhandeln wolle, will man nichts wissen.

Die Versammlung der Kolltuscher gestern Abend wurde durch die Ausführungen des Referenten A. Werner sehr enttäuscht. Die Streikenden sind wankend geworden und zu radikalen Mitteln, wie Generalstreik, können wir nicht schreiten, was der langen Rede kurzer Sinn. Die folgende Resolution wurde angenommen:

Die am 20. August bei Buggenbogen zahlreich versammelten Kolltuscher, Mitfahrer und Bodenarbeiter Berlins nehmen erneut Kenntnis vom Stand des Streiks der Paketfahrt-Angestellten und sprechen ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, dass sich die Reiben der Streikenden so stark gelichtet haben. Die Versammelten sehen dies als einen Beweis an, dass der Gedanke der Solidarität noch nicht bei den Streikenden in dem Maße vorhanden ist, wie es wünschenswert und notwendig wäre. Die Versammelten bedauern weiter, dass ihnen auf Grund dieser Situation keine geeigneten Mittel zur Verfügung stehen, für die streikenden Kollegen zu kämpfen zu ermöglichen. Die Versammelten erklären jedoch, dass darauf zu achten, dass keine Güter für die Paketfahrt durch sie befördert werden und verpflichten sich ferner, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die Streikenden zu unterstützen.

### Der Lohnkampf der Glaser vor dem Einigungsamt.

Nachdem der Lohnkampf im Glasergewerbe bereits sieben volle Wochen gedauert hat, fanden gestern die Einigungsverhandlungen vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts statt. Die Parteien waren vertreten durch die Lohnkommission des Glaserverbandes und die Kommission des Arbeitgeberverbandes sowie der Berliner und Charlottenburger Glaserinnungen. Vor Eintritt in die Verhandlungen gab der Vorsitzende bekannt, dass weder von den beteiligten Arbeitgebern noch den Arbeitnehmern das Einigungsamt angerufen worden sei, sondern der Verband der Bauergewerkschaft habe die Vermittlerrolle übernommen und die Glasermeister zur Teilnahme an den Verhandlungen veranlasst.

Darauf erfolgte dann eine sehr eingehende und gründliche Aussprache über die Ursachen der Ausperrung und des späteren Streiks. Die Herren Köhlich, Salomons, Schneider, Jettel und Zost suchten ähnlich wie sie es in der Unternehmerrunde und in ihren bekannten Zirkularen getan hatten, die Schuld an der Ausperrung auf die Glasergehülfen und deren Organisation zu schieben, während die Organisationsvertreter John, Kachow und Piegel an der Auffassung der Gehülfen festhielten, dass sich die Unternehmer eines niedrigeren Lohnniveaus schuldig gemacht haben. Besonders sei das niedrigere Lohnniveau der Unternehmer von der Gehülfenschaft als eine direkte Verleumdung aufgefasst worden, wodurch dann die hochgradige Erbitterung unter den Arbeitern hervorgerufen wurde.

Am Schluss der etwa zehnstündigen Verhandlungen machte das Einigungsamt dann folgenden Vorschlag: Die Arbeitszeit bleibt eine neunstündige. (Gefordert waren 8½ Stunden). Falls aber der Verband der Bauergewerkschaft mit den Maurern, Zimmerern oder Bauarbeitern eine kürzere Arbeitszeit vereinbart, so soll diese drei Monate später auch für das Glasergewerbe eingeführt werden. Der Stundenlohn beträgt 70 Pf. (bisher 65 Pf.) und für nicht selbstständig Arbeitende 60 Pf. (Gefordert waren 75, 80 und 85 Pf. bei dreijähriger Tarifdauer). Akkordarbeit soll weder gefordert noch geleistet werden. Der Lohnnachweis wird in einen paritätischen umgewandelt. Es folgen dann noch Bestimmungen über Fahrgehalt und Fahrgeldentgelt, sowie über die Schlichtungs- und Nachweiskommission. Auch sollen Mahngelungen nicht stattfinden. Der Vertrag soll, falls ihm die beiderseitigen Versammlungen ihre Zustimmung geben, bis zum 1. August 1908 Gültigkeit haben. Die Kündigung hat drei Monate vorher zu erfolgen. Für den Fall der Annahme dieses Vorschlags soll der Tag der Arbeitsaufnahme von den beiderseitigen Kommissionen festgesetzt werden.

### Die Einigungsvorschläge von den streikenden Gläsern abgelehnt!

Die streikenden Glaser lehnten in einer gestern Abend stattgefundenen Versammlung die vom Einigungsamt gemachten Vorschläge ab, während dieselben von den Unternehmern angenommen wurden.

### Der Streit bei der Firma S. Radge dauert ununterbrochen fort.

Heute, Dienstag, sollten die Verhandlungen vor dem Einigungsamt fortgesetzt werden und war Herrn Radge ausgegeben worden, durch Vorlegung seiner Geschäftsbücher und Vernehmung seines Sohnes und seiner Geschäftsführer den Beweis für seine vor dem Einigungsamt aufgestellten Behauptungen zu erbringen. Herr Radge hat es vorgezogen, dem Gewerbegericht mitzuteilen, dass er nicht mehr vor dem Einigungsamt erscheint. Jedenfalls glaubt er sich dadurch die Unannehmlichkeit zu ersparen, öffentlich vor dem Einigungsamt festzustellen zu sehen, dass seine Behauptungen mit der Wahrheit nicht im Einklang zu bringen sind. Wie aus den Verhandlungen, die der Arbeiterausschuss der beiden Betriebe am Freitagabend mit Herrn Radge führte, hervorging, hat es letzterem nicht gepasst, dass er sich vor dem Einigungsamt von den Vertretern der Organisation so ungehörig die Wahrheit sagen lassen musste, und will er deshalb auch mit Verbandsvertretern nicht mehr verhandeln. Man kann es ja begreifen, dass es den Herrn wundert, wenn seine nicht gerade geistvollen Redensarten als das hingestellt werden, was sie in Wirklichkeit sind. Oder soll man einen Menschen noch ernst nehmen, der in öffentlicher Sitzung vor dem Einigungsamt erklärt, die an den Maschinen beschäftigten Arbeiter hätten eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht nötig, da ja die Arbeit von der Maschine geleistet würde und der Arbeiter nur zuzusehen brauche! Das sagt ein Mann, der seit 40 Jahren Leiter einer Holzbearbeitungsfabrik ist! Man muß annehmen, dass der Herr sich in den 40 Jahren um nichts weiter gekümmert hat, als um das eine, aus den Arbeitermühen möglichst viel Profit herauszuschinden und Kapital auf Kapital zu häufen. Wenn der Herr nur einmal seine Nase in die Berichte der Fabrikinspektoren hineinstecken möchte, dann würde er sehen, dass überall darauf hingewiesen wird, dass gerade für die Arbeiter an den so überaus gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen eine mögliche kurze Arbeitszeit notwendig ist, damit dieselben mit geistiger und körperlicher Frische ihre Maschine bedienen können. Es müssen selbst bei kurzer Arbeitszeit noch genug gesunde Gliedmaßen opfern. Herr Radge könnte auch ferner aus den Berichten der Fabrikinspektoren ersehen, dass von diesen Beamten überall gefordert wird, dass an den gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen nur geübte und eingearbeitete Leute beschäftigt werden sollen! Herr Radge hat unter den Ausreißern, die er jetzt im Betrieb hat, nur sehr wenige geübte Arbeiter; streikig und Plethi wird da an die Maschine gestellt, und beweisen ja auch die vielen, während der Dauer des Streiks vorgekommenen Unfälle die Nichtigkeit unserer Ausführungen.

Herr Radge respektiv seine Meister haben es seither sogar gewagt und geduldet, dass zwei schulpflichtige Mädchen, Töchter eines bei ihm beschäftigten Walzenlagerschneiders, ihrem Vater, der zwei Walzenlagerschneidern bedient, bei der Arbeit im Betrieb des öfteren helfen!

Auch der andere Walzenlagerschneidern bedient zwei Sägen. Es wäre wohl angebracht, dass der Gewerbeinspektor sich den Betrieb des Herrn Radge mal etwas näher ansieht, vielleicht trifft derselbe es gerade, dass die Schuppenrichtung an der Walzenläge, an der die kleinen Mädchen ihrem Vater zu helfen pflegen, entfernt ist. Dass Herr Radge mit den jetzt im Betriebe beschäftigten nicht leistungsfähig ist, erzieht man daraus, dass er selbst ganz einfache Reihleisen in Brandenburg anfertigen lässt; auch sind ihm schon ganze Wagenladungen verpackter Furniere zur Verfügung gestellt worden. Der Geist unter den Streikenden ist ein durchaus guter. Bei der in der Versammlung der Streikenden am Montag vorgenommenen Abstimmung wurden nur vier Stimmgabel abgegeben, die für Aufhebung des Streiks waren. Das Resultat der Abstimmung wurde mit Grobvorwissen entgegengenommen und verpöhlten sich die Verammelten, den Streik ruhig und befohlen so lange weiter zu führen, bis Herr Radge bereit ist, die 8½stündige Arbeitszeit einzuführen. Was selbst kleine Firmen seit Jahren ihren Arbeitern gewährt haben, kann auch die kapitalfrächtige Firma Radge zugestehen. Deshalb ersuchen wir, den Zugzug streng fernzuhalten.

Die streikenden Kohlenarbeiter hielten gestern nachmittags im Gewerkschaftshaus eine Versammlung ab, um den Situationsbericht ihrer Vertrauensleute über den Ausstand entgegenzunehmen. Wie bekannt gegeben wurde, kommen im ganzen 70 Firmen mit 1005 Arbeitern in Betracht. Der Ausstand ist erfolgt, weil der von den Arbeitern neu unterbreitete Lohnsatz von den Arbeitgebern nicht angenommen wurde. Ein Teil der Arbeitgeber habe zwar eine kleine Lohnerhöhung bewilligt, die anderen ständen aber auf dem Standpunkte, nur das anzuerkennen, was der Ring der Kohlen-Engros Händler bewilligen würde. Im übrigen sei die Arbeitsüberlegung bei den größeren Firmen gestern Morgen prompt erfolgt. Es wurde schließlich einstimmig beschlossen, weiter im Streik zu verharren und mit der Weiterführung der Verhandlungen nur die Lohnkommission zu betrauen.

### Deutsches Reich.

#### Die gewerkschaftlichen Unterrichtslehre

haben gestern ihren Anfang genommen. Es haben für den ersten Kurs 36 Personen, darunter 1 Dame, sich für alle Lehrgegenstände einschreiben lassen; 3 Hörer besuchten nur Einzelvorträge.

Bei der Eröffnung der Kurse schilderte Genosse Legien noch einmal kurz die Absichten, welche die Generalkommission bei Einleitung derselben verfolgte.

Die Einrichtung, sagte er, die wir geschaffen haben, ist ja wiederholt aus Gewerkschaftskreisen gefordert worden, nicht nur mit Rücksicht auf die einschlägigen Einrichtungen der Gegner, sondern auch wegen der Anforderungen, die jetzt an die Gewerkschaftsbeamten gestellt werden. Die Kräfte der ersten Beamten wuchsen mit der Organisation; jetzt treten sofort hohe Anforderungen an den einzelnen heran. Der Redner wünschte im Interesse der Gewerkschaften, dass es ihnen immer gelingen möge, den Nachwuchs aus den Reihen der Gewerkschaftler selbst zu finden und dass man nie genötigt werde, auf andere Kreise zurückzugreifen. Es sei natürlich nicht möglich, in einem so kurzen Kursus ein abschließendes Wissen zu vermitteln; dieselben haben vielmehr den Zweck, die Hörer systematisch mit dem Material bekannt zu machen, das ihnen ein späteres Weiterstudium ermöglicht. Unter diesen Voraussetzungen würden die Kurse für die Gewerkschaftsbewegung segensreich wirken.

#### Der Bauarbeiterstreik in Oberfeld-Baranen ist beendet.

Sieben Wochen hat der Kampf gedauert, der mit äußerster Erbitterung geführt wurde und eine ganze Anzahl strafrechtliche Verfolgungen nach sich ziehen soll. Wenigstens wünschten es so die Unternehmer und ihre „Herren Arbeitswillingen“, welche letztere sich beleidigt fühlen. Der Friedensschluss bahrt auf einer Vereinbarung, die bis zum 30. April 1908 Gültigkeit haben soll. Statt der verlangten sofortigen Erhöhung des Stundenlohns von 50 Pf. auf 55 Pf. wurde vereinbart, dass die Hochmurer von jetzt bis zum 31. März 1907 einen Stundenlohn von 53 Pf., von da ab 57 Pf. erhalten sollen. Der Lohn der Kanal- und Schachtmurer, der Zimmerer und Bauhilfsarbeiter wurde ungefähr in demselben Verhältnis erhöht. Die Mauerer verlangten außerdem eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde, doch tritt diese Verkürzung erst nach Ablauf dieses Jahres in Kraft. Auch in bezug auf die Regelung der Bezahlung der Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit wurde eine Vereinbarung erzielt. Die städtische Behörde hatte sich ins Mittel gelegt, um eine Beendigung des Streiks herbeizuführen, durch den die Stadt selbst sehr in Mitleidenschaft gezogen wurde.

### Aus der Gewerkschaftsbewegung in Königsberg.

Die städtischen Arbeiter, deren Organisation in Königsberg jetzt etwas über ein Jahr alt ist, drängen darauf, dass der Stadterwaltung neue Forderungen eingereicht werden. Trotz ihrer Jugend hat die Organisation die Feuerprobe schon bestanden. Es ist ihr nämlich gelungen, einen Minimallohn von 3 M. pro Tag zu erringen. Vorher war ein Minimallohn überhaupt nicht vorhanden und es wurde ganz nach Willkür gezahlt. Tagelöhne von 2,25 M. bis 2,50 M. und 2,75 M. waren keine Seltenheit. Als noch keine Organisation der städtischen Arbeiter am Orte vorhanden war, erklärte die Stadterordnetenversammlung in einer „Arbeiterdebatte“ die Festlegung eines Minimallohns für die städtischen Arbeiter sei ganz ausgeschlossen. Das hat jetzt aufgehört. Außerdem ist es gelungen, in allen Betrieben — bis auf den Schlachthofbetrieb, der in nächster Zeit seinen Arbeiterschied bekommt — Arbeiterschiede zu erringen. Die Ausschussmitglieder sind, mit wenigen Ausnahmen, organisiert. Gegenwärtig ist man dabei, in Betriebsbesprechungen neue Forderungen zu beraten. Im wesentlichen dürfte gefordert werden: Die Erhöhung des Minimallohns auf 3,50 M. pro Tag, Verringerung der drückenden Straffsysteme, Errichtung eines Generalausschusses für die ganze Stadt und Regelung der Arbeitszeit.

Die Tapezierer sind bereits in eine Lohnbewegung eingetreten und haben ihren Arbeitgebern einen neuen Tarif eingereicht, in welchem eine neunstündige Arbeitszeit und ein Minimallohn von 60 Pf. pro Stunde gefordert wird. Den Meistern ist eine Frist zur Antwort bis zum 20. August er. bewilligt; sollte eine Einigung bis zum 31. August nicht zu erzielen sein, dann wird am 1. September die Arbeit niedergelegt. Eine größere Firma hat den neuen Lohnsatz am Tage nach dessen Einreichung bereits anerkannt.

Die Getreideträger und Speicherleute haben dem Vorsteheramt der Kaufmannschaft am 17. August er. die Lohnforderungen eingereicht. Der neue Tarif verlangt bei einer zehnstündigen Arbeitszeit einen Minimallohn von 24 M. pro Woche und soll bis zum 1. August 1911 gelten. Die Getreideträger und Speicherleute sind über ½ im Zentralverband der Hafenarbeiter und auch in anderen Gewerkschaften organisiert.

Die Königsberger Barbier- und Friseurgehülfen haben eine Filiale des Zentralverbandes der Barbier und Friseure gegründet, nachdem der Friseurgehülfen Verein in Berlin einen Vortrag über die erbärmliche schlechte Wirtschaftslage des Friseurgewerbes gehalten hat. Kommen doch hier noch Löhne von 3 M. bis 7,50 M. pro Woche neben freier Station in Frage. Ebenso wurde auf das Unwürdige des Trinkgeldsystems hingewiesen.

Also überall — frisches Leben!

Der Streit der Lithographen und Steindrucker ist nunmehr auch von den Gehülfen in Chemnitz für beendet erklärt worden, nachdem die Unternehmer die Forderung gegeben haben, dass bei Reueinstellung Streikende zunächst berücksichtigt werden sollen. Am Montag ist die Arbeit, soweit es zurzeit möglich ist, in allen Betrieben wieder aufgenommen.

### Ein christlicher „Zentralverband“.

Der „Christliche“ Schneiderverband hielt kürzlich seinen Verbandstag. Der Gesamtbestand an Mitgliedern dieser Zentrumsorganisation wurde auf 2933 am Schlusse des Berichtsjahres angegeben. Der Deutsche Schneiderverband hat zurzeit 3334 Mitglieder, wovon 3300 weibliche Personen sind. Der Deutsche Schneiderverband hat also mehr weibliche Mitglieder, als der „Christliche“ Verband Mitglieder überhaupt. Für Lohnbewegungen gab der christliche Verband 7198 M. aus, der Deutsche Schneiderverband 208 267 M. Diese Zahlen erweisen die völlige Ueberlegenheit dieses wie aller übrigen „christlichen“ Sonderverbänden; das wissen die „Christlichen“, und darum verlegen sie sich bei ihrer Agitation vornehmlich auf die religiöse Ebene. Vergleiche von der Art der obigen bieten Agitationsstoff genug, die Arbeiterzertplitterer, wo immer sie ihr schändliches Handwerk treiben, in den Sand zu sehen.

### Husland.

#### Keine Massenauflösung in Dänemark.

Nach langwierigen Verhandlungen zwischen den Vertretern der dänischen Arbeitgebervereinigungen und des Gewerkschaftsverbandes sowie der Pianofabrikantenvereinigungen und der Pianofabrikantenorganisation ist es am Mittwoch endlich zu einer Einigung und zur Aufhebung des Ausperrungsbeschlusses gekommen. Über circa 80 000 Arbeiter drohtlos machen sollte. Der Konflikt bei dem Pianofabrikanten Hindberg in Kopenhagen, dessenwegen die Arbeitgeber jenen ungebundenen Kampf entfesseln wollten, ist durch die Aufnahme der Streikenden entschieden worden. Die Wiederaufnahme der Arbeit wurde auf Sonnabend festgesetzt. Alle Streikenden und Ausgesperrten sollen ihre Plätze wieder erhalten. In dem Uebereinkommen, das zwischen den Parteien geschlossen wurde, wird klar ausgesprochen, dass Hindberg unrecht und gegen den damals für seine Fabrik geltenden Tarifvertrag gehandelt hat. Damit hat die Unternehmerorganisation zugleich anerkannt, dass sie eines tarifbrüchigen Fabrikanten wegen das Wohl der ganzen dänischen Arbeiterschaft und das Gedeihen der ganzen Industrie aufs Spiel setzen wollte.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Präsidentenwahl der Generalräte.

Paris, 20. August. (B. L. Z.) Die Session der Generalräte ist heute eröffnet worden. Zu Präsidenten wurden u. a. gewählt bzw. wiedergewählt Trouillot, Valle, Riger, Combes, Meline und Carthou und zu Vizepräsidenten Gerard und Vienvenu Martin.

#### 200 000 Menschen obdachlos.

Paris, 20. August. Wie der „Agence Havas“ aus Valparaiso über Chile gemeldet wird, hat das Personal ihrer dortigen Agentur die Stadt verlassen; ein Teil des Personals soll umgesiedelt sein. Einer ihrer Angehörigen hat 300 Kilometer zu Pferde zurückgelegt und berichtet, dass etwa 200 000 Menschen obdachlos seien. Die untere Stadt sei vollständig zerstört und die Zahl der Getöteten unerschöpflich.

#### Die Erdbebe auf Martinique.

London, 20. August. Wie dem „Reuterschen Bureau“ aus Port de France gemeldet wird, sind die Erdbebe auf Martinique um 1 Uhr 20 Minuten gestern nachmittags und um 3 Uhr 47 Minuten, 4 Uhr und 8 Uhr 37 Minuten heute früh erfolgt. Ein Schaden wurde nicht verursacht.

#### Gausfuchungen und Verhaftungen von Revolutionären.

Moskau, 20. August. (B. L. Z.) Es haben 50 Gausfuchungen bei Revolutionären stattgefunden, die Mehrzahl der Komitemitglieder ist verhaftet und wichtige Papiere sind beschlagnahmt worden.

#### Erschossen.

Krasnodar, 20. August. (B. L. Z.) Heute früh sind in der Batterie Liska sieben Soldaten und drei Zivilpersonen infolge Verschusses des Kriegsgerichtes wegen Teilnahme an dem bewaffneten Aufstand bei Einnahme des Forts „Constantin“ erschossen worden. — Morgen wird das Gericht über die des Todes von Offizieren und der Reiterei im Decr angeklagten Kosaken aburteilen. Die Angeklagten sind in mehrere Gruppen geteilt.

#### Ein Millionär erschlagen.

Jekaterinoslaw, 20. August. (B. L. Z.) In der deutschen Kolonie Choriga sind der Millionär Kiebuhr und seine Frau erschlagen und beraubt worden.

Die Parteipresse zum Protokoll der Gewerkschaftskonferenz.

„Schwäbische Tagwacht“ (Stuttgart).

... Daß der Parteivorstand den Beschluß des Parteitages zum politischen Massenstreik wirklich verkündet und die Parteigenossen gründlich getränkt habe, davon konnte keine Rede sein, so kräftig auch die „Einigkeit“ und ihre Anhänger lärmten. Ebensovienig konnte aber auch die Erklärung der Generalkommission als belanglos zur Seite geschoben werden, denn hinter beiden Erklärungen stehen Männer, an deren Wort nicht zu zweifeln ist. Es mußte demnach ein grandioses Mißverständnis, eine grundverchiedene Auffassung der Jenaer Resolution zugrunde liegen. Dieser Widerspruch mußte beseitigt werden, sollte nicht die Arbeiterbewegung den schwersten Schaden leiden.

Die organisierten Genossen sollten entscheiden. Auf welcher Grundlage sollte sich ihr Urteil aufbauen? Ohne Kenntnis des gesamten Materials zu urteilen, ist doch unmöglich. Der Parteivorstand verlangte deshalb die Veröffentlichung des Protokolls über die Konferenz der Gewerkschaftsvorstände.

Die ablehnende Haltung der Vorstände befremdete aufs äußerste. Das wenigstens teilweise gar kein Geheimnis mehr war, was die „Einigkeit“ veröffentlicht und von den bürgerlichen Schornmacherorganen kommentiert worden war, sollte für die große Masse der Partei- und Gewerkschaftsmitglieder ein Geheimnis bleiben?

Der Parteivorstand beschloß, das Protokoll trotzdem zu veröffentlichen; und er hat gut daran getan. Das Protokoll deckt Schäden und Zwistigkeiten innerhalb der Arbeiterbewegung auf, die unbedingt beseitigt werden müssen, je eher, desto besser. Der Arzt, der aber allein helfen kann, gründlich und dauernd, ist unseres Erachtens die Masse der Partei- und Gewerkschaftsmitglieder selber.

Der Referent Genosse Müller, der Vorsitzende des Seemannsverbandes, konnte sich in seinen Vorwürfen gegen Parteigenossen und Parteipresse gar nicht genug tun in der Anwendung des Ausdrucks „Hege“, „systematische Hege“, „Demagogie“ usw. Es wurde von „Rechnung, Kautsky und Konforten“ gesprochen. Es ist das bitterböse Wort zitiert worden: „Es tritt die Erscheinung zutage, daß, während in Rußland diejenigen, die die Radikalen sind, am allermeisten dem Henker stehen, in Deutschland diejenigen, die die Radikalen spielen, am allermeisten den Gehäusen von 5000 und 6000 W. stehen.“ Das wurde gefolgt und von Konferenzteilnehmern mit einem „Sehr gut!“ bekräftigt zur selben Zeit, als die am schwersten angegriffene Genossin Luxemburg, die „Dame Luxemburg“, wie man sich auszudrücken beliebt, in Rußland arbeitete oder bereits im russischen Gefängnis saß, zur selben Zeit, als ein anderer hervorragender, ebenso angegriffener „Theoretiker“, Genosse Parvus, in Rußland bereits den zarten Schergen in die Hände gefallen war, also dem Galgen oder Sibirien „am nächsten stand“.

Man wird einwenden, die Verhandlungen seien vertraulich gewesen, folglich habe man geglaubt, sich frei und ungeniert ausdrücken zu können. Wir sind freilich der Meinung, daß man auch im vertrauten Kreise derartige, so wenig fundierte Angriffe lassen sollte, daß man insbesondere die Ueberzeugungstreue anderer Parteigenossen nicht bederart in Zweifel ziehen sollte, wenn man selber in beweglichen Worten verlangt, daß diese Parteigenossen die „ehrliche und reine Absicht“ der Gewerkschaftsführer unter allen Umständen anerkennen sollen.

Dann muß aber noch gesagt werden, daß die Ausführungen wie die persönlichen Angriffe auf jener Konferenz dazu bestimmt waren, die Haltung der Vorstände von über einer Million gewerkschaftlich organisierter Arbeiter gegenüber der Parteipresse zu bestimmen oder wenigstens zu beeinflussen. Da kann der Einwand, die Angriffe seien ja „vertraulich“ erfolgt, kaum als stichhaltig anerkannt werden. Das zur persönlichen Seite der Auseinandersetzung.

Was die sachlichen Differenzen anbetrifft, so müssen wir gestehen, daß wir Anschauungen über den politischen Massenstreik und die Jenaer Resolution, wie sie auf der Konferenz zutage getreten sind, schlechterdings für unmöglich gehalten haben. Politische und gewerkschaftliche Auffassung und Organisation sind unbedingte Voraussetzungen des politischen Massenstreiks, der wiederum nicht das Endziel der Arbeiterbewegung, beziehungsweise der Gewerkschaftsorganisation ist, sondern nur ein Kampfmittel, das vielleicht angewendet werden kann und muß, wenn nämlich die Arbeiterorganisationen genügend stark, die äußeren Umstände günstig und der Kreis ein entsprechender ist. Es wäre total falsch und unheilbringend, wenn die Gewerkschaften die Arbeit, die sie jetzt zu leisten sich mühen, irgendwie vernachlässigen wollten. Das Gegenteil muß geschehen: Jede Viertelstunde Arbeitszeitverlängerung, jede fünf Pfennig Lohnerhöhung nähert der gesamten Arbeiterbewegung. Nur dann kann der politische Massenstreik ernstlich in Frage kommen, wenn es gilt, Ansprüche auf wichtige Volksrechte, die ja auch die Grundlage der Gewerkschaftsbewegung bilden, abzuwehren, oder wenn das Klassenbewußte Proletariat Schranken niederwerfen muß, die dem Fortschritt der Arbeiterbewegung sonst unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen. Und dann gilt es noch, das Kräfteverhältnis wie die Situation genau zu prüfen. Nichts unfinziger als zu glauben, der politische Massenstreik mache die politische und gewerkschaftliche Kleinarbeit irgendwie entbehrlich. Genau das Gegenteil ist richtig.

Die Jenaer Resolution verpflichtete die Befürworter auch durchaus nicht, in der prähistorischen Wahlrechtsbewegung nun unbedingt den politischen Massenstreik zur Anwendung zu bringen. Würde die Kraft des Proletariats noch als zu gering, der Widerstand der herrschenden Klassen zur Zeit noch als unüberwindlich, die Opfer als zu groß erachtet, so war es die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit der führenden Genossen, dem Massenstreik entgegenzuwirken, zu bremsen! Sagen diese einfache Pflichterfüllung als „Parteiderrat“ anzurechnen, das kann nur derjenige tun, der unbedingt den blutigen Konflikt des Proletariats mit den herrschenden Gewalten will, auch dann, wenn die Niederlage des Proletariats so gut wie sicher ist.

Es wurde auf der Konferenz von einer noch zu schaffenden „Gewerkschaftstheorie“ im Gegensatz zu der „politischen Klassenkampftheorie“ gesprochen. Bisher standen Partei und freie Gewerkschaften gleichermaßen auf dem Klassenkampfesboden. Der klaren Erkenntnis des unersöhnlichen Gegensatzes der Interessen von Kapital und Arbeit und der auf dieser Erkenntnis basierenden Taktik verdanken unseres Erachtens die freien Gewerkschaften ihre Machtstellung und Erfolge. Wir verstehen, daß infolge der Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaft auch die Taktik der letzteren anders sein muß als die der Partei, wenn sie auch auf demselben theoretischen Grunde ruht. Daß aber eine neue Gewerkschaftstheorie nötig sein soll, ist uns neu. Ueber diese neue Theorie läßt sich freilich erst diskutieren, wenn sie vorliegt.

„Vollstimme“ (Chemnitz):

So bedauerlich es an sich ist, daß die Veröffentlichung des Protokolls gegen den Willen der Gewerkschaftsleiter erfolgte, können wir doch nicht umhin, innerer lebhaftester Befriedigung darüber Ausdruck zu geben, daß die Verhandlungen der Arbeiterbewegung bekannt werden. Eine Gefahr für die Arbeiterbewegung bedeutet die Veröffentlichung keineswegs.

... Aus den Reden der Gewerkschaftsleiter geht durchweg hervor, daß sie mit regstem Interesse, mit regster Liebe und Hingebung an der sozialdemokratischen Sache hängen; sie sind tief durchdrungen von der Ansicht, daß es geradezu eine Lebensfrage für die deutsche Arbeiterbewegung sei, daß sozialdemokratische und gewerkschaftliche

Bewegung die engste Fühlung miteinander haben, ja in ihren Gedankengängen eins sind.

Der Widerstand, den die Generalkommission und die Gewerkschaftsvorstände der Veröffentlichung entgegensetzten, ist uns nicht erklärlich. Die gepflogenen Verhandlungen waren freilich vertraulich Natur. In einer Notiz haben wir schon gesagt, daß einzelne Redner sich recht sehr bei ihren Ausführungen gehen ließen. Aber das ist eben darauf zurückzuführen, daß sie wußten, die Äußerungen würden über den engen Kreis der Versammelten nicht hinausdringen. Unverkennbar tritt bei allen Rednern das Bemühen zutage, sich der Sachlichkeit zu befleißigen. Ehrlich und ganz uninteressant war mancher Äußerung, aber ehrliche Absicht und heiliger Eifer, das Beste für die Sache des Proletariats zu erstreben, klingt aus allen Reden heraus.

Eine strenge und ruhige Sachlichkeit der notwendig gewordenen Auseinandersetzungen wird jetzt dadurch erzwingen, daß die Leiter unserer größten Gewerkschaften in der kritischen Beurteilung gewisser Erscheinungen in unserer Bewegung überaus einig sind. Bei der Stellung der Teilnehmer und Redner auf der Konferenz in der Gewerkschaftsbewegung und in der Partei würde ein so — temperamentvolles Vorgehen, wie wir es in noch gar nicht weit zurückliegender Zeit leider wiederholt erlebten, erneut stürmische Auseinandersetzungen zur Folge gehabt haben. Daß die Arbeiterbewegung davon keinen Vorteil hat, wurde deutlich genug verspürt. Wir freuen uns der leidenschaftslosen Art, in der sich die gesamte Parteipresse — ohne jede Ausnahme — über das Protokoll äußert. So hätte es auch schon früher gemacht werden können.

Solange die Partei und die Gewerkschaften schwach waren, lag die Führung in beiden Teilen der Arbeiterbewegung, meist in den Händen derselben Personen. Nur zum Teil ist das noch heute der Fall. Mit dem Wachstum der Partei und der Gewerkschaften wurde eine Arbeitsteilung notwendig; eine gleichmäßig rege Betätigung in der Partei- und der Gewerkschaftsbewegung wurde für die führenden Personen immer schwieriger. Die Folge davon ist öfter eine gewisse Einseitigkeit.

Unsere älteren Parteigenossen sind zum größten Teil alte praktische Gewerkschafter. Die älteren Gewerkschaftsführer haben fast durchweg eine reiche parteipolitische Erfahrung. Jetzt gibt es schon Gewerkschaftsbeamte, die den Gewerkschafter zu stark herausheben, und in der Partei und der Parteipresse sind eine ganze Anzahl Genossen tätig, denen gewerkschaftliche Praxis absolut fremd ist. Dadurch werden Meinungsverschiedenheiten auch tiefergehender Art und Differenzen möglich. Ihnen vorzubeugen, ist eine der wichtigsten Aufgaben, die zu erfüllen sind.

Ueber nebensächliche Vorkommnisse hinweg, die besser unterblieben wären, hat man bei der Beurteilung der Reden der Konferenzteilnehmer die Hauptsache im Auge behalten: kein Redner befürwortete ein Abrücken von der Partei. Alle Redner, ohne Ausnahme, bekannten sich zum Sozialismus und erkannten an, daß die sozialdemokratische Bewegung die absolut notwendige Ergänzung der Gewerkschaftsbewegung sei, daß die Ziele der Arbeiterbewegung nur durch den Sozialismus ihre Verwirklichung finden können. Es gibt bei den Führern der Gewerkschaften und der Partei keine prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten.

Differenzen über taktische Fragen bestanden und bestehen noch. Sie schienen vor einigen Monaten viel größer zu sein, als sie jetzt nach der Haltung jener Parteiblätter anzunehmen sind, über die sich die Gewerkschaftsleiter beklagten.

Das entschiedene Eintreten der Gewerkschaften für die Arbeiterbewegung am 1. Mai hätte zur Unterstützung der Gemahregelten aus den Reihen der Organisationen verpflichtet. Eine solche Last konnten die Gewerkschaften nicht auf sich nehmen, solange für die dringendsten Lebensfragen nicht immer die erforderlichen Mittel vorhanden waren. Nun, wo die Gewerkschaften leistungsfähiger geworden sind, haben einzelne schon gewisse Verpflichtungen zur Unterstützung der Partei übernommen. Die vorhandenen Differenzpunkte in bezug auf die Parteifrage werden mit der finanziellen Erstarbung der Gewerkschaften nach und nach verschwinden.

Ebenso diejenigen in bezug auf den politischen Massenstreik, über den die Anschauungen bis in die letzte Zeit hinein wenig geklärt waren. Der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses zur Massenstreikfrage war eine Uebereilung und läßt sich nicht aufrecht erhalten. Um ihn zu beseitigen, bedarf es aber keines nun schleunigst einzuberufenden außerordentlichen Gewerkschaftskongresses, wie Hepporn schon forderten. Die Sache ist nicht so brennend. Es schadet gar nichts, wenn erst noch die Erörterungen darüber eine Weile fortgehen, bis die Gewerkschafter erneut darüber beschließen.

Allen Anlaß hatten die Gewerkschafter, sich gegen die Art zu wenden, in der vor einigen Monaten unter Nichtachtung des Jenaer Beschlusses mit dem Feuer des politischen Massenstreiks gespielt worden ist. Nur ist das Stürmen einzelner in seiner Bedeutung wesentlich überschätzt worden, wie die Erfahrungen zur Genüge gelehrt haben.

So wie die Gewerkschafter der sozialdemokratischen Bewegung mit voller Sympathie angehören, giebt es in der Partei keine Richtung, die den Gewerkschaften mit Unwillen gegenübersteht. Auf die Gegnerschaft einzelner Personen läme es gar nicht an.

Uebereinstimmung herrscht in bezug auf das Verlangen, Reibungen zwischen der Partei und den Gewerkschaften zu vermeiden. Den meisten Arbeitern sind beide Bewegungen überaus einig. Den Gewerkschaftern, deren politisches Verständnis nur wenig oder noch gar nicht entwickelt ist, muß die Erkenntnis beigebracht werden, daß die wirtschaftlichen Kämpfe allein niemals die Befreiung vom Druck des Kapitalismus bringen können, sondern daß daneben einherzugehen hat das politische Ringen und Kämpfen. Wer die Gewerkschaftspresse ansieht, der weiß, daß in dieser Richtung jetzt unendlich viel mehr von ihr aufklärend gewirkt wird als früher. Die Partei wird vollends durch nichts gehindert, viel mehr sozialdemokratisches Erkenntnis in die Köpfe der Arbeiterklasse hineinzubringen, als bisher geschah.

Erstrebten wir die völlige geistige Einheit der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung, sind wir davon durchdrungen, daß Gewerkschaften und Partei gemeinsam die Befreiungskämpfe des Proletariats durchzuführen haben, dann geht es aber nicht mehr an, daß diese einheitliche Arbeiterbewegung zwei Köpfe, zwei Leitungen hat, die in manchen Dingen auseinanderstreben, während der eine Körper nicht die geringste Reizung verspürt, sich zu zerteilen, weil das mit seiner Vernichtung gleichbedeutend wäre.

Es sprechen eine Anzahl Gründe dafür, den Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften als gesonderte Körperschaften weiterbestehen zu lassen und außer den Parteitag auch Gewerkschaftskongresse abzuhalten. Die Arbeiter haben jedoch darauf hinzuwirken, daß solche Unstimmigkeiten nicht wieder vorkommen wie die Verhältnisse von Köln und Jena über den Massenstreik. Solche leidige Vorkommnisse können vermieden werden, wenn eine viel engere Fühlung zwischen den beiden Zentralleitungen hergestellt und darauf verzichtet wird, daß in noch ungenügend geklärten Fragen voreilig Beschlüsse gefaßt werden.

Für unsere Gegner hat der Satz: Partei und Gewerkschaften sind eins, längst volle Geltung erlangt. Streben wir danach, daß er in jeder Beziehung zur Tatsache werde.

„Frankfurter Tagespost“ (Schlußartikel).

Nach Anführung einer Stelle aus einem Artikel des Genossen Adolf Braun in der „Neuen Zeit“ 1900, aus der wir folgende Sätze hervorheben:

... Nur dann, wenn für jedes Kampffeld Strategie und Taktik richtig gewählt wird, sind ebenso günstige Ergebnisse der Gewerkschaftsbewegung wie der politischen zu gewärtigen. Will man aber Formeln und Prinzipien, die sich auf dem einen Kampffeld bewährt haben, auf dem anderen anwenden, so kann man sicher sein, daß so gut manche dieser Prinzipien dort waren, so wenig Erfolge sie hier versprechen. Man kann der Gewerkschaftsbewegung nicht mehr schaden, als wenn man den intransigenten Standpunkt auf dieselbe anwendet; denn das Ziel jedes gewerkschaftlichen Kampfes ist zwar nicht der ewige Frieden, aber doch ein längerer oder längerer Waffenstillstand, während der politische Kampf der Arbeiterklasse keinen Frieden kennen kann, bevor der vollständige Sieg vom Proletariat erkungen ist. Ebensovienig aber wie die politische Arbeiterbewegung die Erfüllung der Aufgaben der gewerkschaftlichen Bewegung übernehmen kann, ebenso falsch wäre es, wenn die gewerkschaftliche Bewegung bei den von ihr organisierten Mitgliedern den Glauben erwecken wollte, daß durch sie das Ziel der Sicherung der Lebenslage der Arbeiter, die ständige Besserstellung derselben innerhalb der heutigen Wirtschaftsordnung zu erreichen wäre. Die Gewerkschaftsbewegung muß sich vor Augen halten, daß, so notwendig, wichtig und unentbehrlich die Erfüllung der ihr gestellten Aufgaben ist, sie doch mit ihren Kampfmitteln nur einen Teil dessen erreichen kann, was die Arbeiterklasse erstreben muß.

fährt der Artikel fort:

In dem Uebersehen dieser Umstände liegt meines Erachtens der Kernpunkt der Differenzen, aber doch nicht die ausschließliche Erklärung. Man wird nicht von den Menschen absehen dürfen, die die Vertreter der beiden Bewegungen sind. Wenn es mir auch fern liegt, den Mitgliedern des Parteivorstandes und anderen in erster Linie in der Partei wirkenden Personen das Verständnis für die Gewerkschaftsbewegung abzustreiten, so muß man doch annehmen, daß ihnen die Arbeit und Verantwortlichkeit der Gewerkschaftsleiter nicht in vollem Umfange stets vor Augen steht. Gerade unsere ältesten, verdientesten und geschäftigsten Parteigenossen haben zu einer Zeit gewerkschaftlich gewirkt, als die sozialdemokratische Organisation leider bedeutungslos war. Als diese sich aber zu dem immer größeren und selbstständigeren Organismus mit eigenem Beamtenkörper und besonderen Verantwortlichkeiten ausbreitete, da waren die politischen Verpflichtungen dieser Parteigenossen so groß geworden, daß sie die Einzelheiten der gewerkschaftlichen Entwicklung kaum mehr verfolgen konnten, so daß sie plötzlich neben sich einen in vieler Hinsicht der politischen Arbeiterbewegung ebenbürtigen Zweig der allgemeinen proletarischen Armee sahen, der nun nach Anerkennung, nach Mitbestimmung rang, der auch mitentscheiden wollte, der mittrausch dort wurde, wo er sein Gewicht in die Waagschale nicht werfen konnte. Anfälle für derartige Differenzen gab es schon vor 1878, man braucht nur an den Namen Post zu erinnern.

Auch unter einem Teile der Gewerkschaftsführer finden wir eine gewisse Fremdheit für Ziele und Aufgaben der Arbeiterbewegung. Sie waren vielleicht alle zuerst Parteigenossen und dann erst Gewerkschafter, immer größer wurden ihre Pflichten und Sorgen innerhalb ihrer Organisation, von ihnen wurden sie völlig erfüllt, es blieb ihnen keine Zeit, der politischen Bewegung die Aufmerksamkeit wie früher zu schenken. Ohne irgendwie an ihrer Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie zweifeln zu wollen, kann man doch sagen, sie wurden einseitig gewerkschaftlich. Sie verloren den Maßstab für das, was die Handlungen und Bestrebungen der Sozialdemokratie bestimmen mußte. Wir sehen das auch sonst, so bei manchem Genossen, der seine ganze Kraft der Konsumvereinsbewegung oder dem Krankenkassenwesen gewidmet hat. Besonders groß ist die Verantwortlichkeit der Gewerkschaftsleiter, das ökonomische Schicksal tausender Berufsgenossen, finanzielle Sorgen, Rücksichten für die Gegenwart und Zukunft erfüllen sie, es ergeben sich auch besondere, von uns sicherlich nicht niedrig einzuschätzende gewerkschaftliche Ideale, deren Verwirklichung sie ihre volle Kraft widmen, die ihre ganze Zeit in Anspruch nimmt. Da kann eine Ueberschätzung des rein Gewerkschaftlichen entstehen und parallel damit geht vereinzelt auch eine Unterschätzung der politischen Arbeiterbewegung, ein Nichtbegreifen dessen, was die Partei tun will, weil man sich hier und da zu wenig mit dem beschäftigt, was die Partei zu ihrem Handeln und Streben zwingt. Manche sehen dann in der Gewerkschaftsarbeit die einzig nützliche, praktische Gegenwartsarbeit für die Arbeiter und sie zucken vielleicht die Achseln über die „unpraktische, theoretische Zukunftsarbeit“ der Sozialdemokratie. Hieraus entstehen nicht selten kleine Konflikte mit den Mitgliedern, die zuerst Sozialdemokraten und dann erst Gewerkschafter sind.

Man muß begreifen, daß manche Gewerkschaftsführer unangenehm berührt sind, wenn die Partei Beschlüsse faßt, die ihrer Meinung nach ihre Pläne hemmen, ihre nicht immer glänzenden Finanzen gestärkt können, und wenn sie bedenklieh sind, daß diese Beschlüsse getroffen werden, ohne daß sie gefragt wurden. Daß dann Uebertreibungen in der Erörterung dieser Beschlüsse vorkommen, ist menschlich begreiflich. Ebenso ist es verständlich, daß manches in den engsten Kreisen anders gesagt wird, als dies öffentlich geschehen würde, und deshalb erscheint manches in dem Protokoll der Gewerkschaftsvorstände schroffer, als es vor der breiten Öffentlichkeit, etwa in einer Generalversammlung der betreffenden Organisation gesagt worden wäre.

Wir bedauern jeden Streit innerhalb der Arbeiterbewegung, der nicht zur Aufklärung und zur Stärkung des Klassenbewußten Proletariats führt, der Kraft verbräut, die wir unseren Gegnern zu widmen haben. Wir sind überzeugt, daß die Veröffentlichung des Protokolls der Gewerkschaftsvorstände in weiten Kreisen der Mitgliedschaften der Gewerkschaften wie der Parteioorganisationen den Wunsch laut werden lassen muß, das das gegenseitige Verständnis gefördert, daß die Verantwortlichkeit für die gesamte Arbeiterbewegung gesteigert, daß das Einigende betont, die Zusammenfassung gefördert wird. Die beiden Zweige der Arbeiterbewegung müssen zur Erkenntnis gelangen, daß man in eigener Führung als bisher treten müsse, daß man sich gegenseitig Vertrauen entgegenzubringen habe, daß man nichts über den Kopf der anderen beschließen könne, was diese irgendwie erheblich in Mitleidenschaft ziehen könne. So manches ist in dieser Hinsicht geschehen, aber noch lange nicht genug. Wir erinnern deshalb an den von manchem Gewerkschaftler oft mißverstandenen Vorschlag Kautskys, an der Leitung der Partei auch Vertrauensmänner der Gewerkschaften teilnehmen zu lassen. Es wird auch dann aus der verschiedenen politischen und gewerkschaftlichen Kämpfe manche Differenz entstehen, es werden auch dann Eigenbrötler unzufrieden sein, es wird aber die Stogkraft der Arbeiterbewegung, die nicht zuletzt auf Einigkeit und Geschlossenheit aller proletarischen Kräfte beruht, nicht mehr in Frage gestellt werden. Dann wird erst das vielfach mißdeutete und gerade in Gewerkschaftsführerkreisen falsch interpretierte und beargwöhnte Wort Bismarcks, das für die Massen schon längst gilt, zur Wahrheit werden, das Wort, mit dem die beiden letzten Gewerkschaftskongresse zu Stuttgart und Köln geschlossen wurden: Partei und Gewerkschaft sind eins.

„Märkische Volksstimme“ (Hof):

Was auf der Konferenz gesagt worden ist, ist für den miß der Arbeiterbewegung vertrauten Genossen nichts Neues. Die Vorwürfe, die in der Debatte herüber und hinüber schwirrten, sind mir Wiederholungen dessen, was vorher in der Presse, auf Partei- und Gewerkschaftskongressen, und nicht minder in Versammlungen gesagt worden ist. Nur sind die vorhandenen Differenzen selten so klar und summarisch erörtert worden, wie auf dieser Konferenz. Dadurch hat aber auch erst das Protokoll den Wert eines Dokumentes für die Arbeiterbewegung erhalten und deshalb soll man sich mit der Tat-

fache seiner Veröffentlichung abfinden. Volkswomen bestimmen könnten wir der Frankfurter „Volkstimme“.

Das Verhältnis zwischen politischer und gewerkschaftlicher Arbeiterbewegung, über welches auf der Konferenz weit mehr als über den Massenstreik diskutiert worden ist und das auch jetzt den Kernpunkt des Meinungsaustrausches bildet, möchten wir mit einer Ehe vergleichen, bei der die politische Partei den männlichen, die Gewerkschaftsbewegung den weiblichen Teil bildet. Damit lassen sich die gegenseitigen Beziehungen jedenfalls am besten plastisch vorstellen, und wenn wir die bisherige Entwicklung überschauen, läßt sich auch unschwer erkennen, daß der Partei stets die Rolle des „stärkeren Geschlechts“ zufiel, während wir in der Gewerkschaftsbewegung alle jene Tugenden sich entwickeln sahen, die den Wert des Weibes ausmachen: den praktischen Sinn, die oft bis zur Kengstlichkeit ausartende Sorge um das Erworbene, die Reizung zum Ausweichen, wenn Gefahren drohen, die unermüdbliche Geduld — aber auch das eifersüchtige und übrigens vollberechtigte Verlangen nach Gleichberechtigung, das vom stärkeren Teil allzuleicht und gar zu gern ignoriert wird.

Eine fortdauernde, nie getriebene Harmonie zwischen Gewerkschaften und Partei ist ebenso unmöglich wie zwischen Ehegatten. Doch ist ebenso gewiß, daß hier wie dort fortdauernder Zwist von verderblichen Folgen sein muß und deshalb vermieden werden soll. Und wie in der Ehe schließlich die Gegenseite notgedrungen berücksichtigt werden müssen, „um der Kinder willen“, so werden sich auch Partei- und Gewerkschaftsbewegung nach jedem Konflikt wieder zusammensuchen müssen, weil sonst das Geschlecht der Klassenkämpfer Schaden leiden müßte, das aus ihrem Wunde entsprossen ist.

Soffen wir, daß die gegenwärtigen Auseinandersetzungen dazu führen, daß zwischen Partei und Gewerkschaften ein innigeres, ein wahrhaft eheliches Zusammengehen ermöglicht wird. Dahnzielende Vorschläge sind erfreulicherweise bereits aufgetaucht und sie werden sicherlich Beachtung finden.“

## Aus der Partei.

### Die Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg

findet statt am Sonntag, den 2. September 1906, mittags 12 Uhr, zu Berlin im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

Die Tagesordnung lautet:

1. Bericht der Agitationskommission.
2. Das Organisationsstatut für die Provinz Brandenburg.
3. Die kommenden Reichstagswahlen.
4. Anträge.

Anträge, welche auf der diesjährigen Parteikonferenz beraten werden sollen, sind spätestens bis zum 26. August bei dem Unterzeichneten einzureichen.

Der Einberufer: D. Schubert, Berlin, Hornstr. 2.

### Zum Parteitag.

Die Genossen der Wahlkreise Köln-Stadt und Köln-Land nahmen am Sonntag in einer stark besuchten Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Stellung. Der Vorsitzende, Genosse Wilsbach, stellte fest, daß die Parteigenossen in Köln stets auf dem Standpunkt gestanden haben, daß an der Form der Partei nichts geändert werden soll. Bezüglich des Massenstreiks erwartet der Redner, daß in Mannheim eine Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaften stattfindet. Die Versammlung beschloß mit allen gegen eine Stimme, an den Parteitag die folgenden beiden Anträge zu stellen:

1. Der Parteitag möge beschließen: In Anbetracht dessen, daß die gewerkschaftliche Zentralorganisation heute allgemein als die richtige Form der Gewerkschaftsorganisation gilt, hat die Parteipresse ihren redaktionellen Teil in Zukunft den Lokalkomitees und anderen Konkurrenzorganisationen nicht mehr zur Verfügung zu stellen.
2. Parteigenossen dürfen nur den der Generalkommission angegeschlossenen Zentralorganisationen angehören.

Der sozialdemokratische Verein Elberfeld-Barmen nahm in seiner Generalversammlung folgende Anträge an:

Die Generalversammlung hat aus dem Protokoll über die Verhandlungen der Zentralvorstände der Gewerkschaften nicht die Erkenntnis gewonnen, daß Webel bezügl. der Parteivorstand in der gemeinschaftlichen Sitzung zwischen Parteivorstand und Generalkommission, in welcher die Frage des politischen Massenstreiks erörtert wurde, sich in Widerspruch zu dem diesbezüglichen Beschluß des Jenaer Parteitages gesetzt habe; die Versammlung ist der Meinung, daß die gegenseitige Ansicht auf eine irrthümliche Auffassung der Generalkommission zurückzuführen ist, die ihrerseits wohl ihre Erklärung in den verschiedenen Standpunkten über die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit des politischen Massenstreiks findet. Die Versammlung erklärt, an der Jenaer Resolution festhalten zu wollen.“

Die Buchhandlung Vorwärts wird beauftragt, recht bald eine wöchentlich erscheinende Jugendzeitung ins Leben zu rufen. Dieselbe müßte zum denkbar billigsten Preise abgegeben werden.“

In einer Parteiverammlung des 15. sächsischen Wahlkreises (Nötha-Mittweida) führte Reichstagsabgeordneter Genosse Stücken aus, er halte bei aller Anerkennung der Tätigkeit der bewährten Genossen im Parteivorstande eine Reorganisation des Vorstandes für notwendig, da mit dem Wachstum der Partei sich auch die Arbeit ungemein gehäuft habe. Einer Vermehrung der stimmungsführenden Sekretäre rede er aber nicht das Wort, da der Beratungskörper sonst zu groß werde. Der Parteivorstand solle sich in bestimmte Ressorts teilen. Etwa: Kasse, Presse, Agitation, Organisation. Jeder Ressortchef solle einen, wenn nötig auch zwei Sekretäre zur Mitarbeit bekommen. Es werde kaum die riesige Arbeit bei den nächsten Wahlen zu bewältigen sein, wenn eine entsprechende Reorganisation des Parteivorstandes nicht vorher erfolge.

Bei der Kritik der Verhandlungen sagte Stücken u. a.: Nur Brington (Zimmerer) trat für eine besondere gewerkschaftliche Theorie ein. Fuhr diese auf dem Boden des Klassenkampfes, dann kam sie nur taktische Bedeutung haben, regiert sie die Notwendigkeit des Klassenkampfes, schafft sie einen prinzipiellen Bruch in der deutschen Arbeiterbewegung. Für uns ist die Resolution von Jena maßgebend, wir wünschen nicht, daß sie beseitigt wird.

Die Versammlung nahm dann folgende Resolution einstimmig an:

„Die Parteiverammlung des 15. sächsischen Wahlkreises steht nach wie vor in der Frage der Notwendigkeit des politischen Massenstreiks auf dem Standpunkt der Jenaer Resolution und erachtet, daß der Parteitag in Mannheim an diesem Kampfmittel festhält.“

Zum Arrangement des Parteitages. Aus Mannheim wird der „Frankf. Volkstimme“ geschrieben: Die in der geistigen Kammer enthaltene Notiz, wonach in Heidelberg Kräfte am Werke sind, die geplante Beleuchtung des Schlosses zu hintertreiben, ist ungenau. Der Heidelberger Stadtrat hat nur abgelehnt, die Beleuchtung des Schlosses auf städtische Kosten zu machen oder einen Zuschuß dazu zu geben, weil es sich um eine politische und nicht um eine wirtschaftliche, wissenschaftliche oder künstlerische Veranstaltung handelt, zu welcher die Beleuchtung sonst auf städtische Kosten geschähe. Der Ausschuss nach Heidelberg findet natürlich doch statt und ist für den betreffenden Abend die Stadthalle bereits gemietet.

Eine Kreisversammlung für den Reichstagswahlkreis Ost- und West-Sachsen wurde am Sonntag in Sonnenburg abgehalten. Vertreter waren durch Delegierte die Städte Reppen, Drossen und Sonnenburg.

Genosse A. Schmidt-Sonnenburg gab als Vorsitzender den Jahresbericht, in dem er ausführte, wie ungeheuer schwer die Agitation im Kreise zu betreiben sei. U. a. verleihe es der antisemitische Vertreter des Kreises meisterhaft, für sich Reklame zu machen, indem man eine Stirme aber ein Schlingensiefel verleihe, wo er nicht einen Pfal stiftet mit der Widmung: „Proletisch, Reichstagsabgeordneter“. Die kleinen Städte verlieren immer mehr an Einwohnern und gerade die aufgefärtesten Industriearbeiter ziehen nach Berlin. Tausende von Wanderarbeitern sind das ganze Jahr nicht zu Hause. In der Stadt Sternberg ist seit dem Jahre 1899 kein tätiger Genosse vorhanden gewesen, die Agitation ist immer nur von außen hineingetragen worden. Trotzdem ist eine langsame Steigerung in der Organisation zu verzeichnen. Bei der Gründung des Kreiswahlvereins im Januar dieses Jahres waren in den Orten Sonnenburg, Göritz, Drossen und Reppen 20 Genossen organisiert. Die Zahl ist auf 62 gestiegen. Die Einnahmen betragen vom 1. Januar bis 30. Juni 111,31 M., die Ausgaben 11,27 M., so daß ein Kassenbestand von 100,04 M. vorhanden ist. Die Agitation im Kreise ist von der Agitationskommission bezahlt worden. Außerdem ist zu verzeichnen, daß auch die Orte noch kleine Agitationsfonds zur Verfügung haben, so Sonnenburg einen Extrafonds von 44 M. Zur Agitation wird beschloffen, wiederum den Kalender „Märkischer Landbote“ zu verbreiten, desgleichen „Die Fackel“. In der zu verbreitenden Nummer soll sich ein Artikel mit den speziellen Verhältnissen des Kreises befassen. Der Vorsitzende des Wahlvereins und der Kandidat des Kreises haben eine Agitationsjournee zur mündlichen Agitation zu unternehmen.

Zum Provinzialparteitag werden gewählt die Genossen Schmidt-Sonnenburg und Friedrich-Reppen, zum Parteitag in Mannheim Freiwald-Pantow und Schmidt-Sonnenburg.

Adresse gesucht! Die Parteigenossen werden auf das frühere Mitglied der Gothaer Parteiorganisation, den Müller Grim aufmerksam gemacht und ersucht, falls derselbe sich bemerkbar machen sollte, dessen Adresse dem Genossen W. Döck in Gotha einzufenden.

Genosse Bernstein schreibt uns zu unserem in der Sonntagsnummer enthaltenen Artikel „Nach Sibirien“ in Bezug auf folgenden Satz:

„Dann folgte ein glänzender Waffengang gegen jene „Neuzeit“-Artikel Bernsteins, die die Vorläufer seiner „Voraussetzungen“ waren.“

Das er heute noch nicht den geringsten Anlaß habe, von dem Artikel, um den es sich speziell handelt: „Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft“ auch nur einen Satz zurückzunehmen oder bloß abzuschwächen. Im Gegenteil lüme er im Lichte der Erfahrungen seit dem verflohenen Jahre sich nur freuen, jenen Artikel geschrieben zu haben. Denn das, was dort geschrieben ist, habe, sei es durch die allgemeine Entwicklung, sei es durch die Praxis der Sozialdemokratie, in jeder Hinsicht Bestätigung erfahren.

Wir können dieser Meinung des Genossen Bernstein nicht zustimmen.

## Aus Industrie und Handel.

### Fabrikfabrikalismus.

Wenn Intelligenz und hohe Begabung stets Einsicht in soziale Umwälzungen zum Begleiter hätten, dann würde die Volkswirtschaft von mancher Störung verschont bleiben. Wir meinen Störungen, die sich aus den gegensätzlichen Interessen der Lohnarbeit und der Kapitalherrschaft ergeben. Ein sprechendes Beispiel dafür ist der auf dem Kachener Hüftenwerk ausgebrochene Konflikt. Es wird keinem Menschen einfallen, ernsthaft zu behaupten, die materiellen Forderungen einiger Arbeiter hätten die Verwaltung dazu veranlaßt, den circa 4000 Arbeiter umfassenden Betrieb einzustellen. Rein, die lumpigen paar Mark spielen für den Kachener Hüftenverein, eines der am besten hunderten und reichste Erträge überweisenden Unternehmern, wahrlich keine Rolle. Die treibende Kraft der Gewaltmaßregel ist das Prinzip des Herrtums. Seine Repräsentanten in diesem Falle sind die Gebrüder Kirdorf. Der eine als Direktor des Kachener Hüftenvereins, der andere, Emil Kirdorf, als Hauptmatador im Montantrust Selsenkirchen-Schalle-Kachen. Emil Kirdorf ist auch Direktor von Selsenkirchen und spiritus rector im Kohlen-Syndikat. Sein Bruder spielt eine Hauptrolle im Stahlverband, an dessen Zustandekommen die beiden Kirdorfs hervorragend mitbeteiligt sind. Ohne Zweifel, die beiden Kirdorfs gehören zu den bedeutendsten Persönlichkeiten der deutschen Großindustrie. Beide von hervorragender Intelligenz, außergewöhnlichem Organisationsvermögen, fester Arbeitkraft und — ungleichlicher Rücksichtslosigkeit in sozialpolitischen Dingen. Herrschaften sind es, Verfechter des Absolutismus bis zur rückwärtslosesten Brutalität. Als Menschen tun sie gewiß keiner Kategorie etwas zuleide, aber als Fabrikherren sind sie von unbegreiflicher Rücksichtslosigkeit, sie stürmen über Leichen — oder lassen sich überrennen! Als Menschen sympathische Persönlichkeiten, trotzdem brutal bis zum äußersten. Charakteristisch für die Gedankengänge dieser modernen Barbaren ist ein Mias auf die Arbeiter. Die für das Wohl ihrer Untertanen sich sorgenden Herrscher finden darin an: Viertausend züchtigen wir, weil ein paar Hundert nicht bedingungslos gehorchen, sich unterwerfen wollen. Und dann appellieren sie an das — Verantwortungsgefühl der „Ungehorsamen“, die von ihrem Staatsbürgerrecht Gebrauch machen. Sie sollen auf ihre Rechte verzichten, damit die anderen nicht gequält und aufs Pflaster geworfen werden. — Das ist Tyrannei! Und doch sind es keine Scheusalte, die so sprechen. Die so handeln, sind Produkte der kapitalistischen Gesellschaft in Reinkultur. An diesen Leuten sind die sozialen Umwälzungen als Niederschlag der gesamten industriellen, kommerziellen, politischen und gesellschaftlichen Entwicklung spurlos vorübergegangen. Wöllig fremd stehen sie der veränderten Volkspolizei gegenüber. Sie betrachten die Arbeiterschaft nur als Objekte der Produktion. Und diese Objekte sollen, zum Segen des Kapitals, jedem Winke gehorchen, bedingungslos, wie jedes andere Werkzeug. Ein Stück Werkzeug ist ihnen der Arbeiter als Untergebener. Nicht mehr, nicht weniger. Sie vergessen ganz, daß dieses Werkzeug der Gütererzeugung Empfindungen besitzt, vor allem, daß es zum Bewußtsein erwacht. Menschenwürde gelangt ist. Und die zum Menschheitsbewußtsein erwachten Arbeiter wollen nicht mehr Sklaven der Produktion sein, sie wollen nicht mehr sich als totes, willenloses Werkzeug ge- und mißbrauchen lassen. Menschen wollen sie sein auch als Arbeiter. Sie betrachten die Gütererzeugung nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zur Erhebung der Gesamtkultur und darum erheben sie Anspruch darauf, als Produzenten vor allem auch Mensch zu sein. Und diesem Gesamtwillen, der noch nicht überall aus dem instinktiven Gefühl zum Bewußtsein sich durchgesetzt hat, muß der Fabrikfabrikalismus widersehen, wie der Zar der Konstitution. Die Kirdorfs tun es ja. Aber genau mit demselben Erfolg wie der Zar. Diese Leute sind die Revolutionäre vom anderen Ende. Indem sie versuchen den neuen Bedürfnissen Fesseln anzulegen, drängen sie mit Notwendigkeit über den Rahmen der organischen Entwicklung hinaus. Hätte der Paroxysmus in Rußland früh genug freiwillig abgedankt, dem Lande wären die blutenden Judungen jedenfalls erspart geblieben, ohne daß der kapitalistischen Gesellschaft die Lebenszeit um eine Minute verkürzt worden wäre. Im Gegenteil, Reformen zur

rechten Zeit wirken luterbierend. Wie im Nationalstaat, so auch im Fabrikstaat. Die Arbeiter wollen nur Gleichberechtigung, nicht die Herrschaft. Indem man ihnen jene verweigert, wird ihnen erst recht ihre Anrechtenschaft als Lohnarbeiter und Staatsbürger zum Bewußtsein gebracht. Leute, die nicht in dem Milieu der Kirdorfs und Gen. groß geworden sind, mit einem freien Will für die Gesamtweltung des Volkes, auf die Reagenen der Volksseele hören, die Massenpolitische studieren und aus der Geschichte lernen, wissen längst, daß die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter keine Preisgabe der bürgerlichen, kapitalistischen Herrschaftsbedingungen bedeutet. Das wollen und können die Fabrikfabrikanten nicht einsehen. Sie würden es gegebenen Falles wohl fertig bringen, ihr eigenes Leben einzulehen, um anderes zu retten, aber nie werden sie freiwillig die Gleichberechtigung der Arbeiter anerkennen. Hartnäckig verweigern sie, was ihnen in den durch ihre Einsichtslosigkeit heraufbeschworenen Kämpfen abgetrotzt wird. Sie wahren vielleicht gegigt zu haben, wenn die Arbeit wieder aufgenommen wird, ohne daß die für das Kapital eigentlich vollständig nebenläufige Lohnforderung bewilligt worden ist. Ein Pphrösiege wär's, weiter nichts. In den Herzen der Unterlegenen würde es weiter glähen und lodern. Ihr Das gegen die Zwangsherrschaft würde bestrachtend auf die Indifferenten wirken, und schneller reist die Frucht des Sozialismus.

Jubelklage. Die „A.-Ztg.“ schreibt: Innerhalb des Kohleisen-Syndikats spielt sich derselbe Vorgang wie beim Kohlen-Syndikat ab. Wie dort die Hüttenzweige beden hier die großen gemischten Stahlwerke zunächst den eigenen Bedarf an Kohleisen und beschäftigten die Lieferungen an das Syndikat erst in zweiter Linie. Infolge dessen bleiben sie mit den Kohleisenlieferungen erheblich hinter der Beteiligungsziffer zurück. Eine ganze Anzahl von ihnen haben bereits für das nächste Jahr einen erheblichen Verlust der Beteiligung abgemeldet. — Das ist das Präliminum zu einer ordentlichen Preiserhöhung. Hinter der Klage verbirgt sich ein stiller Jubel. Daß durch eine Preissteigerung die reinen Werke weniger Mangel leiden, oder die gemischten Werke mehr Material abliefern, das gläubt natürlich kein Mensch.

## Soziales.

### Wie die Sozialreform die Unternehmee befahet.

Sehr interessante Ziffern teilt das „Reichs-Arbeitsblatt“ mit, indem es die Endziffern der Arbeiterversicherung seit Bestehen der Versicherungsgeetze in Tabellen zusammenstellt. Die kapitalistische Presse hat sich bereit, aus diesen Ziffern die herauszugreifen, die den Anschein erwecken, als werde unendlich viel für die Arbeiter getan. Hierfür eignen sich natürlich die Beitragsziffern vorzüglich. Es wird mitgeteilt, daß seit Bestehen der Versicherung 6 927 559 506 M. Beiträge und zwar von den Unternehmern 2 972 587 418 M., von den Arbeitern 2 728 481 182 M. und vom Reiche 339 475 377 M. aufgebracht sind. Im Jahre 1904 zahlten die Unternehmer 304 708 201 M. und die Arbeiter 249 600 208 M. GeWiß eine verblüffend hohe Summe. Täglich mehr als eine Million Mark. Wo gibt es Unternehmer, die ähnliches leisten? wird Herr v. Rhein-baben fragen. Und doch schmilzt die verblüffend hohe Summe merk-würdig zusammen, wenn man sie näher betrachtet und die Frage auf-wirft: wie viel zahlt ein Unternehmer täglich für einen Arbeiter? Dieses kann man annähernd mit Hilfe der Rechnungsergebnisse der Berufsvereinigungen feststellen. Bei den gewerblichen Berufsvereinigungen werden sogenannte Vollarbeiter ausgerechnet. Nämlch je 300 Arbeitstage sind gleich einem Vollarbeiter. Die Zahl der Vollarbeiter ist natürlich kleiner als die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter. Aber an der Zahl der Vollarbeiter kann man die Zahl der geleisteten Arbeitstage feststellen. In den Betrieben der gewerblichen Berufsvereinigungen und den Staatsbetrieben waren 1904: 7 406 516 Vollarbeiter beschäftigt, es wurden also 2 248 954 900 Arbeitstage geleistet. Rechnet man für jeden Arbeitstag 10 Pf., so bringt das schon die Summe von 224 895 480 M. Am waren außerdem 11 189 071 Landarbeiter gegen Unfall versichert. Für diese kommt auch die Invaliditätsversicherung und in den süd- und mitteldeutschen Staaten auch die Krankenversicherung im Frage. Rechnet man, daß jeder Landarbeiter durchschnittlich 200 Tage im Jahre arbeitet, und dann für jeden Arbeitstag einen Beitrag von 4 Pf., dann bringt das eine Summe von 89 512 568 M.

Es würde sich also folgende Rechnung ergeben:

|   |                |
|---|----------------|
| Für 2 248 954 900 Arbeitstage gewerblicher Arbeiter a 10 Pf. . . . .        | 224 895 480 M. |
| Für 2 287 814 200 Arbeitstage landwirtschaftlicher Arbeiter a 4 Pf. . . . . | 89 512 568 M.  |
| Summa   | 314 408 048 M. |

Also das sind schon 10 Millionen Mark mehr, als tatsächlich von den Unternehmern bezahlt sind. Die Frage, wo es Unternehmer gibt, die an gewerbliche Arbeiter täglich 10 Pf. und an landwirtschaftliche Arbeiter 4 Pf. mehr zahlen als in Deutschland, wirt kein kapitalistisches Blatt, ja selbst nicht einmal ein preußischer Finanzminister auf.

### Zentralverband von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich.

Düsseldorf, den 19. August. In einer Vorstandersammlung nahmen heute die diesjährigen Tagungen des Zentralverbandes ihren Anfang. Weit zahlreicher als früher haben sich Vertreter der Ortskrankenkassen dazu eingefunden. Frähdorf-Dresden als Vorsitzender der geschäftsführenden Kasse eröffnet unter den üblichen Begrüßungen die Versammlung. Als Vorsitzende mit gleichen Rechten werden die Herren Frähdorf-Dresden, Schönbarf-Düsseldorf und Wittl-Wünchen, als Schriftführer die Herren Wagnan-Berlin, Fischstädt-Weimar und Runde-Hamburg gewählt. Sodann wird die vorläufig bekannt gegebene Tagesordnung endgültig festgelegt. Verschiedenes wird umgestellt und ergänzt. Bei dem Punkt Anstellungsverhältnisse der Kassendirektoren stellt A. Kohn-Berlin den Antrag, zur Vorbereitung eine Kommission einzusetzen. Groß-Frankfurt will dem nur zustimmen, wenn eine Umfrage ergibt, daß — dem Wunsche der geschäftsführenden Kasse entgegen — nicht die Mehrzahl der Delegierten sich verbundenem Mandat erklären sind. Die Umfrage ergibt, daß nur ein sehr geringer Teil ein solches gebundenes Mandat hat. Die Abstimmung ergibt, daß 145 Delegierte für und 106 gegen die Einsetzung sind. Nachdem Siebel-Berlin die Erklärung abgegeben, daß die Beamten auf eine Beteiligung in der Kommission verzichten, werden 9 Kassenvorstandsmitglieder in dieselbe gewählt. Eine längere Debatte dreht sich um die Frage, ob die Kassendirektoren an den Abstimmungen über die fraglichen Angelegenheiten teilnehmen dürfen. Man bricht die Debatte hierüber ab, ohne daß ein bestimmter Beschluß dabei gefaßt wird. Das Rechnungswert sollen die Vertreter der Ortskrankenkassen prüfen. Schließlich wird noch beschlossen, die Verhandlungen stenographisch aufzunehmen und herauszugeben.

## Aus der Frauenbewegung.

Schöneberg. In einer hier am Donnerstag, den 23. August, stattfindenden Kreisversammlung der sozialdemokratischen Frauen des Kreises Zeltow-Beesow-Storfow-Charlottenburg, zu welcher die Genossinnen dringend eingeladen werden, wird zunächst Genosse Jubel referieren. Sodann findet Wahl der Delegierten zur Frauenkonferenz, zum Parteitag und zur Provinzialkonferenz statt. Da die Delegierten den ganzen Kreis vertreten, werden die Vertrauensoperationen der einzelnen Orte aufgefördert, dafür zu sorgen, daß die Versammlung auch aus allen Orten stark besucht wird. Die Versammlung tagt im Lokale des Genossen Ernst Döck, Weiningerstr. 9, und wird pünktlich um 8 1/2 Uhr eröffnet.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Charlottenburg. Mittwoch, 22. August, 8 1/2 Uhr, Volkshaus, Rosinenstr. 3. Vortrag. Dr. Babel: „Frauenkrankheiten“.

# Verband

der

# sozialdemokratisch. Wahlvereine

Berlins und Umgegend.

Dienstag, den 21. August, abends 8 1/2 Uhr präzise:

# Wahlvereinsversammlungen

in Berlin in folgenden Lokalen:

- |  |  |
|--|--|
| 1. Kreis: Dräsels Festsäle, Neue Friedrichstr. 35. | 4. Kreis: Kellers Festsäle, Köppenstr. 29. |
| 2. " : Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53.          | 5. " : Altes Schützenhaus, Finienstr. 5.   |
| 3. " : Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.           | 6. " : Germania-Säle, Chausseestr. 103.    |

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Der Parteitag in Mannheim. Anträge zu demselben und Delegiertenwahl.
2. Die Provinzialkonferenz. Anträge und Delegiertenwahl.
3. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

**Mitgliedsbuch legitimiert! Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.**

Der Zentralvorstand.

200/10\*

## Schöneberg.

Donnerstag, den 23. August, abends 8 1/2 Uhr:

## Volksversammlung

für Frauen und Männer

im großen Saale des Herrn E. Obst, Weiningerstraße 8.

Tages-Ordnung:

1. Die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion und Kirche und unsere Agitation. Referent: Reichstagsabgeordneter Fritz Zubell.
2. Diskussion.
3. Stellungnahme zur Frauenkonferenz und Parteitag in Mannheim und Wahl einer Delegierten zu demselben.
4. Stellungnahme zur Provinzialkonferenz und Wahl einer Delegierten.

## Vereinigung der Maler, Lackierer und Anstreicher.

Reichschorstraße 28. Filiale Berlin. Tel.: Amt 4, 4787.

Donnerstag, 23. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag: „Der Staat und seine Kinder“, Referent: Genosse Störmer. 2. Diskussion. 3. Ausschluss der Streikbrecher. 4. Vereinsangelegenheiten.

Am Montag, den 20. August, hat die diesjährige Sautenkontrolle begonnen. Die Kollegen werden ersucht, die Mitgliedsbücher oder -Karten bei sich zu führen, damit sie sich sofort ausweisen können. Wir erlauben, den Kontrollleuten möglichst entgegenzukommen, um ihnen die Arbeit zu erleichtern, damit dieselbe auch zum Nutzen der Organisation ausfällt.

## Bäckereigenossenschaft Produktion Charlottenburg

(E. G. m. b. H.)

Mittwoch, 20. August, abds. 7 Uhr, im Restaurant des Herrn Bartsch, Seseheimersstraße 11:

## Ordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht: a) Genehmigung der Bilanz; b) Beschlussfassung über den Gewinn; c) Entlastung des Vorstandes. 2. Bericht des Aufsichtsrates. 3. Ergänzungswahlen der Verwaltung. Wahl der Ersatzmitglieder. 4. Anträge. Dieselben müssen vorher eingereicht werden. 5. Geschäftliches.

Dem Erscheinen aller Mitglieder steht entgegen.

Der Vorstand: Aug. Winter, A. Sellin.

## H. & P. Uder, Berlin SO. 16,

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten. Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen. Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen. Amt 4, 3014.

## Arbeitervertreter-Verein Berlin.

Donnerstag, den 23. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 3:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht pro 1905/06. 2. Diskussion.
3. Wahl des gesamten Vorstandes.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Die Vereinsversammlungen finden jeden vierten Donnerstag im Monat statt.

Der Vorstand.

Bernhard Jost, Vorsitzender, R. U.: Stumpe, Kassierer. Färstewaldstr. 8.

## Weißensee.

Mittwoch, den 22. d. Mts., abends 8 Uhr:

Öffentliche

## Kommunalwählerversammlung

in der Seeterrasse, Berlinerstraße 144.

Tages-Ordnung:

1. Wie soll ein Gemeindevertreter für die Gemeinde wirken? Referent: Verbandssekretär Genosse Fendel. 2. Diskussion. 3. Aufstellung eines Kandidaten.

Zahlreiche Teilnahme wird erwartet. Das Wahlkomitee.

Ich habe mich hier als praktischer Arzt Malplaquetstraße 33, 1 Treppe, niedergelassen.

Sprechstunde: Früh 1/9 bis 10 Uhr, nachmittags 3 bis 5 Uhr. Dr. med. Urban.

## Jedes Jenensia-Rad ein Meisterwerk deutscher Technik.

Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie!

Sozial-Räder M. 65.-, Sozial-Luxus-, mit Freilauf, M. 100.-, Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten.

23, R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Zimmer 34, Amt IV, 3353. Engel-Ufer 15.

Achtung! Achtung!

## Portefeuille und Ledergalanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 22. August 1906, abends 8 1/2 Uhr, in Graumanns Festsälen, Rauschnstr. 27:

## Außerordentliche Generalversammlung.

Neben der zu erledigenden hochwichtigen Tagesordnung findet noch die Wahl des Verbandsorgans statt.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt. Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.

Pflichtgemäßes Erscheinen der Mitglieder erwartet. Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 22. August 1906, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Köppenstraße 29:

## Vertrauensmänner - Versammlung

sämtlicher Bezirke und Branchen.

Tagesordnung: Stellungnahme zur Kündigung des Vertrages. Berlin, Reichs- und Disziplin.

Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Vertrauensmännerkarte nebst Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

## Täglich Extrafahrten mit Musik

nach Voigts Krampenburg (Berliner Alpen).

Täglich (außer Sonntags), vormittags 9 Uhr.

Außerdem Montag u. Donnerstag, nachmittags 2 Uhr.

Mittwoch u. Freitag, nachmittags 2 1/4 Uhr.

Abfahrt Stralauer Brücke, Ecke Waisen-Brücke. Dampferstation in Berlin.

Dieselben Dampferextrafahrten finden auch täglich von der Michaelkirch-Brücke aus, vormittags 9 1/2 Uhr, nachmittags 2 1/2 Uhr statt.

Hin und zurück 50 Pf.

Achtung! Achtung!

## Verband der Isolierer und Steinhölzler Berlins und Vororte.

(Abteilung II.)

Mittwoch, den 22. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, bei Patt, Dragonerstr. 15:

## Mitglieder - Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Entgegennahme der Rückantwort betref. Tarif. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 150/1

Aufnahme neuer Mitglieder. Das Erscheinen jedes Kollegen ist unbedingt Pflicht.

Der Vorstand.

H. Piano, 50 Pf., Frankfurterstr. 3, berl., Schmell, Gerchstr. 33, hochp.

### Neuererscheinungen

empfehlen wir unseren Lesern zur Anschaffung:

**Die Kinderarbeit und ihre Bekämpfung**  
von Käthe Duncker. Preis 40 Pf.

**Die Heimarbeit im Erzgebirge und ihre Wirkungen**  
von Paul Göhre. Preis 20 Pf.

**Gewerkschaften und Unternehmer-Verbände**  
von Dr. Aug. Müller. 2. Auflage. — Preis 30 Pf.

**Egoismus und Sozialismus**  
oder:  
**Das Ich und die Gesellschaft.**

**Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich**  
Herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amt.  
XXVII. Jahrgang 1906. — Preis 2 M.

**Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68,  
Lindenstraße 69, Laden.**

**Die neuen Reichskernern**  
wie sie wurden und was sie bedeuten.  
Mit einem Schlußkapitel:  
Agrarisch-kapitalistische und sozialdemo-  
kratische Steuerpolitik  
von Ed. Bernstein. Preis 30 Pf.

**Die Zukunftsstaatsdebatten im französischen Parlament.**  
Reben  
von Jaurès, Baillout und Clemenceau.  
Uebersetzt von Max Duard.  
Preis 10 Pf.

**Schule, Kirche, Arbeiter.**  
Ein Vortrag von Paul Göhre.  
Preis 15 Pf.

**Die heutige Sozialdemokratie in Theorie und Praxis.**

Eine Antwort auf die Artikelserie der  
„Kölnischen Zeitung“:  
„Die heutige Sozialdemokratie“  
von Ed. Bernstein. 2. Auflage.  
Preis 40 Pf.

## An die Zigarren- und Zigarettenhändler Berlins und Umgegend!

Die Nummer des „Vorwärts“ vom 10. August enthält einen Bericht über eine  
**Protestversammlung der Zigarren- und Zigarettenhändler Berlins und Umgegend.**  
In diesem wird behauptet, daß die Zigarettenfabrikanten die Banderolensteuer  
vollständig auf die Zigarettenhändler abgewälzt haben.

Die „Compagnie Orientale“ ist an diesem Vorgehen der Zigaretten-  
fabrikanten nicht beteiligt, sondern liefert nach wie vor ihre anerkannt  
guten Marken ohne Aufschlag der Banderolensteuer an die Händler weiter.  
Wir empfehlen den Händlern sowie den Herren Rauchern

**Orientale Princesse** Detailpreis 3 Pfennige  
**Bouquet** „ 2

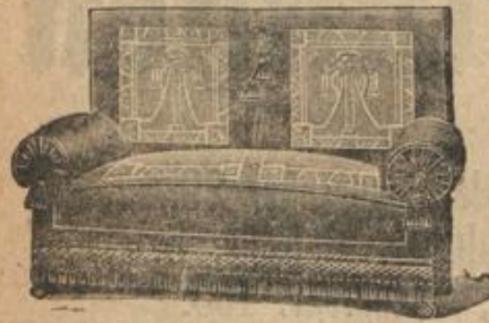
in der Fabrikationspackung in Düten a 5 und 10 Stück fix und fertig banderoliert  
und bitten diejenigen, denen diese Marken noch nicht bekannt sind, einen Versuch  
zu machen. 689b

**Tabak- und Zigarettenfabrik Compagnie Orientale  
de Constantinople,  
Berlin N. 58.**

## Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.  
**Wolle-Reste! Mocquets.**  
Plüsch, Satteltaschen.  
Muster b. nkl. Angabe franko.  
Emil Lefèvre, Berlin, 158,  
Oranienstr.

**Berolina**  
Verein. Mineralwasserfabrik, G. m. b. H.  
**Berlin S. 59**  
Maybach-Ufer No. 9.  
Spezialität:  
**Bero-Sekt**  
feinstes alkoholfreies  
Erfrischungs-Getränk.  
Gen.-Vertret: 1908L\*  
Aachener Kaiserbrunnen.



# Th. Fork, Kretzschmar & Co.

### Vereinigte Tischler- und Tapezierer-Meister.

Berlin. An der Jannowitz-Brücke 3-4.

## Deutschlands größtes Möbelkaufhaus

für Wohnungs-Einrichtungen in allen Preislagen.

Verlangen Sie unser großes Musterbuch frei und umsonst.

**Jedes Wort 10 Pfennig.**  
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellensuche  
und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort  
(fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben  
zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen

**ANZEIGEN**  
für die nächste Nummer werden in den Annahme-  
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis  
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69,  
bis 5 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

**Räumungs- und Verkauf!** Gardinen, Stores, 10 Proz. Rabatt, Fenster 1,15, 1,63, 1,85, 2,45, 2,95; 3,85, 4,75, 5,75 usw. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, nahe Stopenstraße.

**Räumungs- und Verkauf!** Möbel, Stoffe, Teppiche, 2 Meter lang 3,85; 2,35 Meter lang 5,90. 17312\*

**Große Posten echte Plüschteppiche** mit Reclen, nur so lange Vorrat 10 Proz. Rabatt. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 17328\*

**Räumungs- und Verkauf!** Einen Kasten Tischdecken 1,95, 1,95, 2,45, 2,95, 3,50, 4,85 usw. 17333\*

**Plüschdecken, wert das Doppelte!** Jeht 6,85, 7,50, 8,75, 9,75, 11,00; 10 Proz. Rabatt. 17349\*

**Teppiche, nur so lange Vorrat** 2,85, 3,85, 4,85, 5,85, 6,85. 17350\*

**Tuch- und Stoffvorhänge** mit Ueberhang 3,85, 4,50, 5,00, 7,85, 9,50, 10,50 usw. mit 10 Proz. Rabatt. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, Quälstraße nahe Stopenstraße. 17362\*

**Gardinenhaus Große Frankfurter-**straße 9, parterre. 17

**Teppiche!** (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Dodeler Markt 4, Bahnhof Böck. 266/14\*

**Fahrräder, Teilzahlungen.** Bergstraße 28, Stallstraße 40. 16638\*

**Herrenfahrrad, Damenfahrrad,** wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 30 b. 17108\*

**Geschäftsbüroverrad, äußerst habil,** 50,00. Holz, Blumenstraße 30 b. \*

**Teppiche, Gelegenheitskauf.** Prima Seidenstoff 8 Meter durchweg 3,75. Plüschdecken 4,50, besten Damenjackets, elegante Kollimäde, Reilmobelle teils auf Seide 8 Meter, Julius Reumann, Belleallianzstraße 105. 17508\*

**Gasofenhaus!** Jewelgasofen 1 3,00. Gasofen Spargasofen! 5,00. Gasofenapparat, Gasplättchen! Gasbraten! 7,00. Drei-flammige Gasöfen! 6,00. Gasöfen! 1 1/2. Gohlauer, Ballnertheaterstraße 22. 17518\*

**Teppiche billig!** Gebitt Große Frankfurterstraße 9, parterre. 17

**Möbelschloßeinrichtungen,** Tischschloße, Kammern, Maße, Tischschloße, Biegeschloße, Büttelmaschinen usw. billigt Jordan, Michaelstraße 21.

**Bis 1. September sparen Sie viel** Geld, wenn Sie Ihre Möbel in der Möbelfabrik Ditzschow, Stallstraße 25, kaufen. Dort stehen in fünf Etagen die schönsten bürgerlichen Wohnungs-Einrichtungen, darunter entzückende Plüschgarnituren, Truhen, beste Küchen zu selbst billigen Preisen — wegen Umzug — zum Verkauf. Draufsteht, verbunden mit dies nie wiederkehrende Gelegenheitskauf. Gekauftes Lagerung frei. Stallstraße 25. 17588\*

**Reite Dich auf's Land!** Ein zehn Morgen großes Grundstück mit vielen Obstbäumen bepflanzt, für jede Gartenkultur geeignet, 25 Minuten vom Bahnhof, verkaufe mit 1000 Mark Anzahlung sofort. Ditto Trempel, Bismarckstraße 10. 17658\*

**Zingerdöbbsin, Ringelstraße 18,00.** Bienenstraße 47 II. 149/12\*

**Konventioneller, 6,00.** Bienenstraße 47 II. 142/11\*

**Vorortparzellen, Osten, 0,30** Lour, keine Anzahlung. Kettnermann, Blumenstraße 9. 6068\*

**Billige Stühle, Kostüme, Kostüm-**röcke, auch Regenschirme, direkt Fabrik Blumenstraße 9 II. 6056\*

**Hohe Vergütung bei Ringelstraße** 100, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebraucht 12,00, Ringelstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prey-lauerstraße 59/60. 1788

**Rähmaschinen, Zahl bis 15,00,** wer Teilzahlung kauft oder nach-welkt. Sämtliche Systeme. Drauer, Ullrichstraße 90. 1792\*

**Draufsteht! Kur Günterweg 81,\*** Spinden, Spiegel, Sofa, bessere Bettstellen, reelle Matratzen, enorm viele Auswähl vollstündiger Wohnungs-Einrichtungen, bekannt billig! Hermann Dornbach. 17158\*

**Kleiderbügel 20 Mark, Kommode** 21, Berlin 29, furniertes Kleiderbügelverkleid, modern 40, Säulen-schänke 54, Garderobenschänke 38, Schlafsofa 21, Ruhebett 27, Schlaf-sofa 38, Kucheltische, englische Schlafzimmern, Küchenmöbel. Auch Teilzahlung, Transport frei. Holz-straße 81. 150/2\*

**Rähmaschinen, ohne Anzahlung,** möglichen 1,00. Barthauserstraße 67, Wienerstr. 116, Uckerstraße 111. 6706

**Monatszahlungen, Sommerüber-**zieher von 5 Mark an, große Aus-wahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugs-quelle. Schneidemeister Paul Härtel-zeit, Kur Kollonnenstraße 10. Kein Laden. Habe keine Filialen. 267/17\*

**Rähmaschinen, Vergütung bis 10,00,** wer Teilzahlung kauft, nachweist. Sämtliche Systeme. Alle nehme hoch in Zahlung. Rigdort, Berliner-straße 60. 7118\*

**Staubbetten, Gardinen, Plüsch-**teppich, Gasöfen, Stores, Plüsch-portieren, Teppiche, Tischdecken, billigt. Hofmann, Rammstraße 52.

**Verschiedenes.**

**Strohholz, Komiker, frei** Groß-straße 6. 6245\*

**Patentanwalt Wessel, Gütchen-**straße 9a. 2673\*

**Platinabfälle, Gold, Silber,** Brillanten, Gebisse, Nebergold sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauft die Gold- und Silber-schmelzerei Brod, Wangenstraße 4, Telefon-Nr. 4, 6038. 149/19\*

**Vereinshaus, renoviert, Anwalts-**straße 146, Saal für Hochzeiten, Vereine, eventuell auch Sonntags, Sonn-tag zu vergeben. 7113

**Vermietungen.**

**Wohnungen.**

**Wohnung, 3 Stuben und Küche** mit Bad, sowie Wohnungen, zwei Stuben und Küche, Kastanien beim Besmaller Quader, Uckerstraße 9. **Stube und Küche, 21 und 22, H.,** Seestraße 68 H. Näheres beim Wirt. **Schönleinstrasse 6 eine, auch zwei** Stuben nebst Zubehör. 7107\*

**Eine Stube, große Küche, großer** Korridor sofort billig zu vermieten. Bethge, Gohlstraße 2, parterre.

**Zimmer.**

**Möbliertes Zimmer, zwei Herren,** Eberleben, Kreuzbergstraße 48, links I.

**Schlafstellen.**

**Teilnehmer zur möblierten Schlaf-**stelle gesucht. Frau Jacoby, Klei-bergerstraße 26, III. **Möblierte Schlafstelle für zwei** Freunde. Witwe Gartig, Admirals-straße 16. 712\*

**Möblierte Schlafstelle vermietet** Deiters, Vauhlstraße 26, IV, Ecke Stollberg Ufer. 712

**Stellenangebote.**

**Automobilfahrer!** Jedermann, der Chauffeur mit gebiegenen, theo-retischen und praktischen Kenntnissen werden will, verlange kostenlose Ver-träge. Günstigste Erfolge. Auto-technikum Berlin, Spichernstraße 11/12. **Wohnung, 3 Stuben und Küche** mit Bad, sowie Wohnungen, zwei Stuben und Küche, Kastanien beim Besmaller Quader, Uckerstraße 9. **Stube und Küche, 21 und 22, H.,** Seestraße 68 H. Näheres beim Wirt. **Schönleinstrasse 6 eine, auch zwei** Stuben nebst Zubehör. 7107\*

**Goldleisten. Grundrißer und** Arbeitsbücher zum Abschreiben werden verlangt. W. Reichow u. Co., Köpenickerstraße 145. 6746

**Handwerker verlangt** Glühde, Weihenbergs, König-Charlotten 80. 7123

**Marmorsteinmetz verlangt** Preis, Frankfurterstraße 125. 6675

**Handwerker zum 1. Oktober ge-**sucht. Schönleinstrasse 6. 7107

**Marmorhauer und Schleifer ver-**langt. Groß, Uckerstr. 210/13

**Steinholzer, perfekte, stellen** sofort ein Torgamentwerk, Köhlener-straße 33. 267/18

**Handwerker verlangt** Holz, Diefenbachstraße 33. 6726

**Gesucht zwei Lehrlinge** von kleiner Figur, nicht unter 13 Jahren, für Akrobatik; solche werden bevorzugt, die schon etwas Vorbildung haben. Weiden zwischen 2-4 Uhr Koperni-kstraße 34, Schwammlein. 149/20\*

**Blätterinnen verlangt** Lorking-straße 9. 729

**Trommel-**Balanzierer bei hohem Lohn gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Lebenslauf unter D. 2 an die Expedition dieses Blattes erbeten.

**Achtung! Achtung!**  
**Klavierarbeiter!**  
In der Pianofabrik von Bell & Co., Andreasstr. 32, haben sämtliche Kollegen wegen Lohnhöherungen die Arbeit niedergelegt. 141/16\*

**Zugzug ist fernzubalten.**  
Vereinigung der Musikinstrumenten-arbeiter.

**Deutsch. Buchbinderverband**  
(Zahlstelle Berlin).  
Folgende Firmen sind, weil Ein-stellungen nach dem abgeschlossenen Vertrag nicht erfolgt sind, bis auf weiteres gesperrt:

**Xaver Kölle, Reichenberger-**straße 36.  
**Fleek Nachf.,** Lützowstr. 87.  
**Ad. Wittenburg, Wilhelm-**straße 16.  
**F. O. Agthe, Wilhelmstr. 119/30.**  
**Ad. Schoß, Postamtstraße 19** und Deffauerstraße 14.  
**Kartonfabrik Ad. Lesser,** Krautstraße, für Kartonarbeiter, u. für Galanteriearbeiten die Firma **Aloys Suk, Reinderstr. 4.**  
Vor Arbeitsaufnahme in den Ver-bandsbetrieben, auch durch den par-tiellischen Facharbeitersachweis in In-formation auf dem Bureau, Unger-uter 15 II, Zimmer 21, einzuholen. 24/12 Die Krisverwaltung.

**Achtung!**  
Die Holzbearbeitungsfabrik **Nadge, Palisadenstr. 77/78** und **Rummelsburg, Wilhelmstrand,** ist für Holzgarnarbeiter (sowie Hilfs-arbeiter gesperrt! Sämtliche Arbeiter befinden sich im Auslande. **Verband der Handels- und Transportarbeiter, Verband der Maschinenarbeiter.**

**Deutscher Holzarbeiter-**Verband.  
Begen Streit und Lohnhöherungen sind gesperrt:  
Für Korbmacher:  
**Zwerner, Friedrichstraße, Ver-**linderstraße 72.  
**Kaader, Friedrichstraße, Ver-**linderstraße 82.  
Für Bürstenmacher:  
**Der Janningsnachweis, Brunnen-**straße 154.  
Für Parkettbodenleger:  
**Hau Tempelhof, Dorfstraße 19.**  
Fabrikant **Herzer, Vertices** Wagner.  
Zugzug ist streng fernzubalten. Die Krisverwaltung.

**Arbeitsmarkt.**

**Stellengesuche.**

**Parteipreise.** Mititärer (Ein-führig-Freiwilliger), energischer junger Mann, Sozialdemokrat, Avelsenfer, gründlich durchgebildet, angegebener Schriftsteller, guter Redner, bewandert in der französischen und englischen Sprache in Wort und Schrift usw. sucht bei möglichem Anfangsgehalt als Anwärter in irgend eine Redak-tion der Parteipresse sofort oder auch später einzutreten, nimmt eventuell auch andere Stelle an. Ge-fällige Angebote an die Expedition des Blattes unter C. 2. 6785

**Wollschneider, sportlich,** gut-scheid, schnell, geübt, Versämmer, Reparaturen, Garderobenreinigung, sucht Kundsch. Ober, Bruch-straße 31, vorn. 749

**Möbeler Schloßmacher** bietet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. H. Gläher, Rind-straße 27. 14685

Die Katastrophe in Chile.

Die Zahl der Opfer an Menschenleben, die das neueste Erdbeben gefordert hat, läßt sich bis heute noch nicht vollständig übersehen.

„Tribuna“ meldet aus Santiago de Chile: Nach amtlicher Feststellung beträgt die Zahl der hier durch die Erdbebenkatastrophe Getöteten 55, während Hunderte von Personen verletzt sind.

Santiago de Chile, 18. August, abends 7 Uhr 40 Minuten. Die Stadt ist seit 40 Stunden von allen Verbindungen abgeschnitten; alle Drahtleitungen nach Valparaiso sind nicht betriebsfähig.

New York, 19. August. Einem Telegramm aus Valparaiso zufolge wurden am 16. d. M. dort bis zum Abend 82 Erdstöße verspürt.

Santiago de Chile, 20. August. Hier treten immer noch schwache Erdstöße auf.

Hamburg, 20. August. Die Norddeutsche Bank erhielt aus Valparaiso von der Bank für Chile und Deutschland folgendes Telegramm:

New York, 20. August. Der „Gerald“ meldet aus Valparaiso: Hunderte von Leichen liegen noch unter den Trümmern der eingestürzten Häuser.

New York, 20. August. (Auf deutsch-antantischen Kabel.) Nach einem aus Fort de France hier eingelaufenen Telegramm sind auf Insel Martinique mehrere heftige Erdstöße wahrgenommen worden.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste! Das Lokal „Ritter-Säle“, Inhaber Aug. Bercht Ritterstr. 71/75, steht der Arbeiterschaft zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung.

Rixdorf. Die Parteigenossen machen wie nochmals auf die heute abend 8 1/2 Uhr in „Frei Hopps Festsäle“ tagende Versammlung aufmerksam.

Lichtenberg. Auf die heute in Gebr. Arnholds „Schwarzer Adler“ stattfindende Mitgliederversammlung des Wahlvereins machen wir ganz besonders aufmerksam.

Kummelsburg. Heute, Dienstag, abends präzise 8 1/2 Uhr findet im Saale der Witwe Weigel, Türschmidtstraße 45, die Mitgliederversammlung des hiesigen Wahlvereins mit folgender Tagesordnung statt.

Zegel. Heute Dienstag, den 21. August, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Schmidt, Schlüterstr. 61, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Schöneberg. Parteigenossen! Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Obfischen Lokal die Wahlvereinsversammlung statt.

Charlottenburg. Heute abend 8 Uhr findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins Rosinenstr. 3 statt.

Pankow. Die nächste Wahlvereinsversammlung findet bereits am 21. August er. im Lokale des Herrn Roggatz statt.

Franz-Buchholz. Am Dienstag, den 21. August, abends 8 1/2 Uhr, wird die Wahlvereinsversammlung im Lokale des Herrn Kühne abgehalten.

Die Galerie ist für Frauen und Gäste reserviert.

Berliner Nachrichten.

Die Parteiversammlungen.

Die heute abend in den sechs Berliner Wahlkreisen stattfindenden, sind für die hiesige Parteibewegung von eminenten Wichtigkeit.

- 1. Kreis in Dräsel's Festsälen, Neue Friedrichstraße 35;
2. Kreis im Hofsäger-Palast, Hasenheide 52/53;
3. Kreis im Gewerkschaftshaus, Engel-Ner 15;
4. Kreis in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29;
5. Kreis im Alten Schützenhaus, Vminenstr. 5;
6. Kreis in den Germania-Sälen, Chausseestr. 103.

Die Säuglingssterblichkeit hat in Berlin in der Woche vom 20. Juli bis zum 4. August, über die das städtische Statistische Amt jetzt seinen Bericht erstattet, eine geradezu entsetzliche Höhe erreicht.

Eine schwere Bluttat ist in der Sonntagnacht an der Grenze von Weihensee verübt worden. In der Laubenkolonie „Vieleit“ am Verlorenen Weg in der Nähe des jüdischen Begräbnisplatzes wurde die 39jährige Ehefrau Anna des Malers Bloßdorff mit einer Schußwunde im Kopf tot aufgefunden.

Das Bloßdorffsche Ehepaar hauste schon seit längerer Zeit in einem Laubenhäuschen in der Kolonie „Vieleit“. Frau B. galt als eine ordentliche, fleißige Frau, während von ihrem Mann das Gegenteil erzählt wird.

Von einer Lokomotive erlag und schwer verletzt wurde auf dem Schleifisen Bahnhof am Sonntag der 30jährige Bahnarbeiter Georg Kerschwus, der in der Kominternstr. 9 wohnte.

Schönheitswettbewerb. Der auf sämtlichen Berliner Jansen-Bingbahnhöfen usw. im vorigen Jahre eingeführte Annahmeschluss für Brauchstückergut wird vom 1. Oktober d. J. ab auf alle Güterabfertigungen des Eisenbahndirektionsbezirks Berlin ausgedehnt werden.

Die vorläufige Beschlagnahme von fünf Paß Pferdefleisch in der Wurstfabrik von H. Schwarz in der Swinemünderstraße hatten wir dieser Tage nach der „Allgemeinen Fleisch-Zeitung“ berichtet.

„In Nummer 189 vom 16. August teilen Sie in der Notiz „Die vorläufige Beschlagnahme von 5 Paß Pferdefleisch“ in der Wurstfabrik von H. Schwarz“ mit, daß „sollt die gesamten Fabrikate Schwarz von der hiesigen Uniongesellschaft gekauft werden.“

Es ist unwar, daß die Uniongesellschaft von der Wurstfabrik H. Schwarz, Swinemünderstraße, Wurst erhalten hat, welcher Pferdefleisch beigegeben war.

Die Uniongesellschaft hat sofort die Geschäftsverbindungen mit Herrn Schwarz abgebrochen und Klage erhoben, um auch ihrerseits möglichst Klarheit zu schaffen.

Der Zegeler Hundepark wird doch geperft. In wenigen Tagen wird die Umzäunung des Zegeler Schloßparkgebietes mit einem Drahtzaun beendet sein.

Also wieder ein Park weniger. Und der Staat hilft treulich mit, die Erholungsstätten zu vermindern, indem er mit den Wäldern Raubbau treibt und sie den Terrainspekulanten ausliefert.

In die Gesellschaft der Verlassenen führt uns ein Bild des Glends, das in folgender Lokalkorrespondenz geschildert wird. Am Sonntagmorgen wurde an der Ecke der Danziger- und Wilsstraße durch einen patrouillierenden Polizeibeamten die Leiche der 43jährigen unbekannt und wohnungslosen Anna Wellmann in einer schrecklichen Verfassung aufgefunden.

An der Ecke der Wils- und Danzigerstraße liegt ein großes unbekanntes offenes Grundstück, das zu einer „Venne“ umgewandelt ist und das man eine „Privat-Hölle“ des dicht gegenüber liegenden städtischen Nachtasyls in der Hübnerstraße nennen möchte.

Durch Schwefelsäure schwer verbrannt wurde in der A. E. G., Katerstraße, der Arbeiter Karfunkle. Der Verunglückte war an einem Gefäß mit lodender Lauge beschäftigt, welche er durch Hinzugießen derselben Flüssigkeit verstärken wollte.

Ein nichtsunziger Badenstreich ist am Sonntagabend auf einem Bummelplatze der Urbanstraße am Hermannplatz verübt worden. Dort wurde abends in der Zeit zwischen 8 und 9 Uhr einem zwölfjährigen Mädchen ihr wundervolles, langes, schönes Haar direkt vom Kopfe abgeschnitten.

Das leibige Abspringen. Ein schwerer Unglücksfall hat sich Sonntagamittag im Straßenbahnbetriebe an der Marchbrücke zugegetragen. Die 56jährige Henriette Bachtan, Bernhardtstraße 3 wohnhaft, wollte an der erwähnten Stelle einen Wagen der Charlottenburger Straßenbahn verlassen, stieg, während sich der Wagon noch in voller Fahrt befand, auf das Trittbrett, verlor das Gleichgewicht und stürzte auf den Fahrdamm.

Ein Schwein als Reitzpferd ist, noch dazu bei den hohen Preisen für Schweinefleisch, keine alltägliche Erscheinung. Dieser Tage haben wir in einem in der Landberger Allee belegenen Sommertheater (bei Diez) ein solches gelehrtes Schwein, wie es in stolzer Weise seinen Herrn auf seinem Rücken auf der Bühne hin und her schleppte und auf Anrufen still stand.

Beamte als Tischenspieler. Ueber die Konkurrenz von staatlich festangestellten Beamten, welche bekanntlich den Zivildienstausführenden schon lange zu schaffen machen, belagerten sich jetzt auch die Kritiker. In der letzten Versammlung der Internationalen Kritiker-Loge wurde festgestellt, daß in einem größeren Berliner Spezialitäten-Theater ein Beamter des kaiserl. Marineministeriums als Zauberkünstler auftritt.

Beamte als Tischenspieler. Ueber die Konkurrenz von staatlich festangestellten Beamten, welche bekanntlich den Zivildienstausführenden schon lange zu schaffen machen, belagerten sich jetzt auch die Kritiker. In der letzten Versammlung der Internationalen Kritiker-Loge wurde festgestellt, daß in einem größeren Berliner Spezialitäten-Theater ein Beamter des kaiserl. Marineministeriums als Zauberkünstler auftritt.

Kristen-Loge beschloß, an das kaiserl. Marineamt die Anfrage zu richten, ob es seinen Beamten gestatte, als Kristian aufzutreten und mit gewerbsmäßigen, steuerzahlenden Kristian in Wettbewerb zu treten.

**Opfer des Berufs.** Ein schwerer Unglücksfall hat sich gestern Abend gegen 1/8 Uhr an der Ecke der Wartburg- und Eisenaderstraße zugetragen. Vor einiger Zeit brannte an dem Hause Wartburgstr. 10 der Dachstuhl ab und seit der vergangenen Woche sind Dachbeder damit beschäftigt, die durch den Brand zerstörten Teile wieder herzustellen. Einer der Leute beugte sich während der Arbeit etwas zu weit vorwärts, verlor das Gleichgewicht und stürzte auf die Straße hinab. Mit zerstückelten Gliedern wurde der Bedauernswerte nach dem Krankenhaus gebracht, wo er in hoffnungslosem Zustande darniederliegt.

**Todesfahnen** durch einen Mörkertischer wurde gestern Mittag der 50-jährige Tapezierer August Koch aus der Hochmeisterstr. 22. Der Kutscher raste mit seinem Fuhrwerk die Weihenburgerstraße entlang, und als er an der Ecke der Kreuzstraße den Fahrdamm kreuzen wollte, wurde er von dem heraneilenden Wagen umgeworfen und überfahren. Der Kutscher kümmerte sich aber nicht um den Verunglückten, sondern hieb von neuem auf die Pferde ein, um sich durch die Flucht seiner Feststellung zu entziehen. Eines der Tiere kam jedoch zu Fall und nun gelang es einem Schutzmann, den Hebelkutscher vom Los herunter zu holen. Er wurde nach der Unfallstation in der Schönhauser Allee gebracht, doch starb er bereits auf dem Transport an den Folgen eines Schädelbruchs.

**Ein gewaltiger Dachstuhlbrand** auf Nixdorfer Gebiet alarmierte gestern Mittag neben der Nixdorfer Feuerwehr auch die Berliner Löschzüge 5, 8, 11 und 17 nach dem Kottbuserdamm 99. Das Feuer war auf bisher noch nicht ermittelte Weise auf dem Boden des Vorderhauses ausgekommen und war erst bemerkt worden, als kurz nach 12 Uhr plötzlich helle Flammen durch das Dach schlugen. Diese griffen nun mit rascher Schnelligkeit um sich, so daß bei Ankunft der ersten Löschzüge schon der größte Teil des Dachstuhles mit seinen Bodendächern brannte. Der Berliner Brandmeister Kung e ließ sofort über Treppen und mechanische Leitern hinweg mit fünf Schlauchleitungen vorgehen, wodurch es gelang, das Feuer innerhalb von 1/2 Stunden zum Stehen zu bringen. Während dieser Zeit war der Verkehr der elektrischen Straßenbahn stark gehemmt. Die Aufräumungsarbeiten zogen sich bis in die späten Nachmittagsstunden hin.

**Ein neuer Dachstuhlbrand.** Die zweite Kompanie der Feuerwehr hatte gestern einen schweren Tag. Nachdem sie mittags den umfangreichen Dachstuhlbrand am Kottbuser Damm 99 abblühen mußte, wurde sie gegen Abend nach dem Stralauer Platz 13 gerufen, wo ebenfalls der Dachstuhl des Vorderhauses in Flammen stand. Brandmeister Kung e eröffnete den Angriff mit mehreren Rohren, die über die Treppen und eine mechanische Leiter geleitet wurden. Das leichte Schieferdach wurde von der Hitze durchschlagen, so daß der Rauch guten Abzug fand. Infolgedessen konnten die Löschmannschaften dicht an den Brandherd heran, wodurch es gelang, innerhalb einer halben Stunde die Gefahr zu beseitigen. Ein großer Teil des Dachstuhles ist indes zerstört. Die Entscheidungsurache ist nicht bekannt.

**Mit Typhol vergiftet** hat sich am Sonntagabend 8 Uhr, der bei seinen Eltern in der Schulte 107 wohnende Tischler Wendtland. W. nahm die Tat auf dem Abort vor. Seine nach kurzer Zeit hinzukommenden Eltern holten sofort einen Arzt, der die Ueberführung des noch am Leben Befindlichen ins Krankenhaus Noabit anordnete. W. starb jedoch schon auf dem Transport.

**Der Wintergarten** hat am Samstag seine Pforten wieder geöffnet. Das Programm, das gegeben wurde, war ein solch' ausserordentliches, wie es in dieser Zusammenlegung lange nicht auf dieser ersten Spezialitätenbühne gesehen wurde. Den Clou des Abends bildeten das Auftreten der vom Zentral-Theater her Bekannten Operettensängerin Fräulein Wegber sowie des beliebten Humoristen Robert Steidl, des langjährigen Inventars des Apollo-Theaters. Fräulein Wegber sang das an der „Geisha“ bekannte Goldschloß und anderes, während Robert Steidl, der von seiner Wandertournee zurück ist und nunmehr hier seinen Wirkungskreis aufgeschlagen hat, mit seinen neuesten Schlägern die Lachmuskeln des zahlreichen Publikums in Bewegung setzte. Neben seinem „Automobil-Lied“ bewirkte vor allem die Pantomime: „Ein Spaziergang unter den Linden“ diesen Erfolg. Auch sonst waren - es nur erste Kräfte, die sich produzierten; so vor allem der „Armees-Herkules“ Conchas, der mit Kanonenkugeln und Granaten spielte wie mit Gummibällen. Auch eine Nummer aus einem Zirkusprogramm, ein Reitakt auf der Bühne, wurde mit großem Geschick durchgeführt. Chung Ling Soo zeigte sich als chinesischer Jambertänzer in der schwarzen Kunst, während Cortweg als musikalischer Clown und Toledo und Price als Contortionisten auf ihren Gebieten das Beste leisteten. Die von früher her bekannte John Miller-Truppe ist wohl weniger durch ihr Ballett als durch die prachtvollen Kostüme der Erwählung wert. Alles in allem hat diesmal der Wintergarten ein glänzendes Eröffnungsprogramm gebracht.

**Orgelkonzert.** Mittwoch, den 22. August, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet der königl. Musikdirektor Bernh. Jürgens in der St. Marienkirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Fräulein Anna Vorchort (Sopran), Herrn A. R. Hagen-Müller (Bass) und Herrn Paul Sager (Violine) Orgelkompositionen von Vaghts und Regier. Der Eintritt ist frei.

**Radrennen zu Berlin-Steglitz, 19. August.** Der Große Preis von Berlin, der nunmehr zum neuntenmal ausgetragen wurde und in diesem Jahre hinter Motorfahrern über 100 Kilometer führte, hatte nicht verfehlt, dem Sportpark Steglitz wieder einen großen Besuch zuzuführen. Das mit vier Preisen von 4000, 2000, 1500 und 1200 M. ausgestattete Rennen wurde in einwandfreier Weise von dem Weltmeisterschaftsfahrer Paul Guignard (Paris) mit weitem Abstand vor P. Didentmann (Amsterdam), E. H. Kobi (München) und Dr. Demke (Berlin) gewonnen. Kobi, der den Großen Preis schon fünf Jahre hintereinander siegreich bestritten hatte, konnte sich nach seinem verhängnisvollen Sturz am 1. Juli nicht zur Geltung bringen, auch Demke wurde in seinen Leistungen durch den am vorigen Sonntag in Hannover erfolgten Unfall beeinträchtigt. Das Rennen wurde durch keinerlei Motorstörungen gestört; alle vier Fahrer führten bis zu Ende mit, nur Demke fiel einmal von seiner Führung ab. Der Verlauf war ein sehr gleichmäßiger. Guignard nahm von vornherein die Spitze vor Didentmann, Kobi und Demke; die beiden letzteren konnten nicht in Schwung kommen und wurden schon nach der fünften Runde von dem Pariser überholt, während Didentmann länger Widerstand leistete und erst beim 10. Kilometer den Franzosen vorüberziehen lassen mußte. Die Reihenfolge änderte sich während des ganzen Rennens nicht mehr, nur daß die Abstände immer größer wurden. Vom 30. Kilometer ab wurden die in Steglitz gefahrenen Zeiten verbessert. Nach 1 Stunde hatte Guignard 88,370 Kilometer, Didentmann 85,890 Kilometer, Kobi 81,630 Kilometer, Demke 73,330 Kilometer zurückgelegt (bisherige beste Steglitzer Leistung 84,760 Kilometer). Unangefochten beherrschte Guignard die 100 Kilometer in 1 Stunde 7 Minuten 57 Sekunden (bisheriger Steglitzer Rekord 1 Stunde 11 Minuten 7 1/2 Sekunden), Didentmann 6 1/2 Minuten, Kobi 15 1/2 Minuten und Demke 34 Minuten zurück. Unter allgemeinem Beifall fuhr Guignard eine Ehrenrunde.

**Feuerwehrbericht.** Am Sonntag Abend um 6 Uhr wurde die 2. Kompanie nach der Kraussir. 52 gerufen. Dort auf dem „Gewerbshof“, wo die Feuerwehr schon oft zu tun gehabt hat und wo vor kurzem erst Zusammenstoße zwischen Polizei und Zivil bei einem Brande stattgefunden haben, stand auf dem zweiten Hofe eine Tischlerei in großer Ausdehnung in Flammen. Da der Brand gleich dreimal gemeldet war, rückten sofort mehrere Löschzüge zur Brandstelle, auch wurde diese von der Polizei schnell abgeperrt, um größere Ansammlungen zu verhindern. Die Feuer-

wehrging bei ihrer Ankunft gleich mit mehreren Schlauchleitungen von zwei Seiten vor, und es gelang dadurch das Feuer auf die Möbelabteilung zu beschränken. — Großer Unlug lag einer Feuermeldung zugrunde, die die 2. Kompanie nachts gegen 3 Uhr nach der Wilmannsstraße 11a rief. In der Nacht zum Sonntag gegen 12 Uhr erfolgte ein Alarm nach dem Bahnhofs-Geländebrennen an der Bahstraße. Dort war in dem Schlafwagen eines D-Zuges eine Mischung von Acetylen und Gasäther in Brand geraten. Es gelang, die Gefahr bald zu beseitigen. Am Sonntagvormittag hatte die 2. Kompanie zu e i m a l auf dem Schloßhofs-Güterbahnhof zu tun. Um 6 Uhr brannten dort Preklohlen in einem Güterschuppen. Die Flammen konnten bald gelöscht werden. Um 8 1/2 Uhr hatten sich die Kohlen abermals entzündet und mußte fröhlich Wasser gegeben werden, um die Gefahr für den Speicher zu beseitigen. Fast gleichzeitig hatte die Wehr am Schleswiger Ufer 9 zu tun, wo ein Keller in großer Ausdehnung in Flammen stand. Durch kräftiges Wassergeben gelang es indes, den Brand auf den Keller zu beschränken. Entstanden ist das Feuer durch Selbstentzündung von Preklohlen. Gestern Mittag mußte in der Prinzenstraße 18 ein Kellerbrand gelöscht werden, der ebenfalls durch Selbstentzündung von Preklohlen entstanden sein soll. Betten Möbel und anderes brannten in der Schloßmannstr. 30. Ferner hatte die Wehr in der Hionskirchstr. 62, Kronenstr. 22, Weisenaustraße 52, Reinickendorferstr. 38 und anderen Stellen zu tun.

## Vorort-Nachrichten.

**Die vom Niederbarnimer Kreisrat angeordnete Konzeptionssteuer** soll nach der vorgelegten Steuerordnung betragen: 1. Im Falle der Uebertragung der Erlaubnis zum Betriebe einer bestehenden Wirtschaft oder eines bestehenden Kleinhandels auf einen anderen Gewerbetreibenden (Personenwechsel), wenn der Gewerbetreibende: a) wegen des geringen Ertrages des Kapitals von der Gewerbesteuer frei ist, 100 M., b) wenn die Wirtschaft in die vierte Gewerbesteuerklasse gehört 200 M., c) in der dritten Gewerbesteuerklasse 400 M., d) in der zweiten Gewerbesteuerklasse 600 M., e) in der ersten Gewerbesteuerklasse 800 M. 2. Bei Erteilung der Erlaubnis zum Betriebe einer neuen Wirtschaft oder eines neuen Kleinhandels das Doppelte der zu 1 vorgezeichneten Steuerhöhe. 3. Eine Steuer wird nicht erhoben, wenn es sich bei der Uebertragung einer Wirtschaft um einen Personenwechsel zwischen Eltern, Kindern und Ehegatten handelt. Durch diese Steuer soll dem Streife eine neue Einnahmequelle erschlossen werden, und, um diese schmählich zu machen, soll die Steuer im Etatsjahre 1907 dem Krankenhaushausfonds zugeführt werden und erst vom Jahre 1908 ab zur Deckung laufender etatsmäßiger Ausgaben Verwendung finden. In den Kreisen der Gastwirte scheint man sich sehr schnell mit dieser Steuer auszuöhnen, da durch obige Steuerhöhe die Eröffnung neuer Schank- und Gastwirtschaften erzwungen wird. Im übrigen müssen auch hier wieder die leistungsfähigen Vororte zugunsten des flachen Landes bluten. Auch dem Keltower Kreisrat wird die Vorlage nächstens zugehen.

### Schöneberg.

**Ueber die Tätigkeit der Tuberkulose-Fürsorgestelle** liegt nunmehr der Halbjahresbericht pro 1906 vor. Danach waren in genanntem Zeitraum 37 Familien mit circa 2880 Köpfen in Fürsorge. Im ganzen vorigen Jahre betrug die Zahl der Familien 368 mit 1104 Köpfen. Sprechstunden mit ärztlicher Untersuchung wurden abgehalten 225 (im ganzen Jahre 1905 auch nur 225 Sprechstunden). Es beanspruchte die Abwicklung der Geschäfte 700 Sprechstunden (gegen 600 im ganzen Jahre 1905). Besuche der Schwestern wurden 400 gemacht (im vorigen Jahre 1500). Ueberweisungen fanden statt in Heilstätten bezw. Seehospize, in ländliche Pensionen, in Erholungsstätten, Krankenhäuser und Ferienkolonien im ganzen 98 Männer, 121 Frauen und 147 Kinder. Die Gesamtkosten der beiden ersten Positionen belaufen sich auf rund 65.500 M. Davon entfallen auf die Landesversicherungsanstalten 32.000 M., die Stadt 19.000 M., den Rest brachte die Fürsorgestelle auf. Außerdem wurden gewährt: 2500 Liter Milch (gegen 2225 im ganzen Jahre 1905), Speisemarken 2250 (im ganzen Vorjahre 3229), Mietzuschüsse, Bekleid. usw. in 134 Fällen (in 131 im ganzen Vorjahre) und Desinfektionen in 91 Fällen (gegen 63 im ganzen Jahre 1905). Die Stadt wird, will sie ihrer Aufgabe voll und ganz gerecht werden, noch weit tiefer in den Säckel greifen müssen. Die kapitalistische Produktionsweise schlägt Wunden, deren Heilung man mit Palliativmitteln nicht bewerkstelligen kann. Sie voll und ganz zu heilen dürfte den Kommunen unter den gegenwärtigen Umständen nicht möglich sein, dazu bedarf es der Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt; aber die kommunalen Verwaltungen haben ihre ganzen Kräfte einzusetzen, um der vollverherrlichten Krankheit entgegenzuarbeiten.

### Reinickendorf.

**Sitzung der Gemeindevertretung vom 16. August.** Nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen wurde das Gehalt für den anzustellenden Baumeister auf 5000 M., steigend von drei zu drei Jahren um je 500 M. bis auf 6500 M. und 800 M. Wohnungsgeld festgesetzt. — Die Einkommensteuervoranschlagskommission wird verstärkt; außer den verbleibenden Genossen Dhl und Schilling wird u. a. Genosse Jendretz neu hinzugezogen. — Ein Antrag des Gemeindevorstandes, den § 5 des Ortsstatuts betr. Anstellung der Gemeindebeamten dahin zu ändern, daß künftig über die Kündigung derselben allein der Gemeindevorstand zu befinden hat — legt nun auch die Gemeindevertretung ihre Zustimmung geben — rief eine äußerst lebhaft Debatten hervor. Während sämtliche bürgerlichen Vertreter ohne weiteres bereit waren, dem Antrage zu entsprehen oder das Mitbestimmungsrecht der Gemeindevertretung höchstens bezüglich der höheren Beamten beizubehalten wollten, wehrten sich unsere Genossen mit aller Energie gegen jede Preisgabe der schon so geringen Rechte der Gemeindevertretung. Unsere Genossen wiesen in mehrfachen eingehenden Ausführungen darauf hin, daß der vom Vorstand zur Begründung angezogene Spezialfall durchaus kein Grund zu einem Antrage von so prinzipieller Bedeutung sei und, daß es dem Gemeindevorstande nur unangenehm sein könne, wenn er nicht allein die Verantwortung für seine Maßnahmen zu tragen habe. Wir hatten schließlich den Erfolg, daß der Antrag vertagt wurde — er wird uns bei seiner Wiederkehr auf dem Posten finden! — Die Pumpenanlagen auf der Kläranlage in der Nixstraße können infolge des Wachstums des betreffenden Ortsteils den an sie gestellten Anforderungen nicht genügen; es wurde deshalb ein Umbau derselben beschlossen.

### Zehlendorf.

Der Dorfmoniteur gab vor einigen Tagen seiner „Gemüthung“ darüber Ausdruck, daß Genosse Vlasoff, der wegen angeblicher Verleumdung vom Groß-Lichterfelder Schöffengericht zu drei Tagen Gefängnis verurteilt wurde, in der Berufungsinstanz mit 45 Mark Geldstrafe davongekommen ist. Die Aufrichtigkeit dieser „Gemüthung“ ist — und zwar aus naheliegenden Gründen — anzuzweifeln. Der Redakteur und Herausgeber des Dorfmoniteurs ist bekanntlich Herr Fischer — derselbe Herr Fischer, der als Vächter des öffentlichen Anschlagsweilers der Sozialdemokratie seit Beginn des „Fürstehof“-Doktors das Anbringen von Plakaten verweigert hat. Auch ist zu wiederholten Malen der „Dorfanzeiger“ in der gefährlichsten Weise gegen die Sozialdemokratie in ihrem Kampfe um den „Fürstehof“ losgegangen. In letzter Zeit ist es im „Dorfanzeiger“ ziemlich still geworden; die freisprechenden Urteile einer Anzahl Genossen mögen für den leitenden Geist des Blattes von lähmender Wirkung gewesen sein. Von einer Sorge um das Wohlergehen des Genossen Vlasoff ist insbesondere und das der Sozialdemokratie im allgemeinen kann wohl nicht im geringsten die Rede sein. Die Sache liegt vielmehr so, daß Herr Fischer ebenso wie sein großer Bruder Eckert hin und wieder einmal etwas für die Arbeiter tun muß, umiomehr als ja leider noch eine große Anzahl Arbeiter Abkommen dieses Blattes sind. Die Sozialdemokratie geht ohne die wohl- oder übelwollende Anteilnahme bürgerlicher Elemente ihren Weg. Daß dies der Fall ist, beweist der geradezu musterhafte Kampf um den „Fürstehof“. Eine solche Disziplin und

Entschlossenheit muß schließlich auch zum Siege führen. Nach wie vor laute deshalb die Parole der Zehlendorfer Arbeiterschaft:

Der „Fürstehof“ bleibt so lange eingeschlossen, bis der Arbeiterschaft der Saal zur Verfügung gestellt wird.

### Spandau.

**St. Bureaukratismus.** Der Arbeiter Paul Teichel hatte sich am Freitag vor dem Schöffengericht zu verantworten, weil er den am 21. Juni er. in seiner Wohnung erfolgten Tod seiner Schwägerin nicht rechtzeitig beim Standesamt zur Meldung gebracht. Die Beweisaufnahme ergab folgendes: Am 21. Juni, abends 9 1/2 Uhr, starb die Schwägerin. Der benachrichtigte Arzt versprach, gleich am 22. Juni vormittags zur Ausstellung des Totenscheines zu erscheinen, kam aber erst, weil er noch einen dringenden Fall zu erledigen hatte, mittags gegen 1 Uhr. Teichel begab sich nun mit dem Arzt nach dem Postzeibureau, um dort noch einen erforderlichen Schein zu holen und dann nach dem Standesamt. Dort wurde eine Legitimation für seine Person von ihm verlangt. Diese hatte er nicht bei sich und da der Standesbeamte auf der Verbringung der Legitimation bestand, so machte ihn der Beklagte aufmerksam, daß er bei der Weite seines Weges (er wohnt in der Seegesäßstraße) dann wohl nicht rechtzeitig wieder erscheinen könne, da das Standesamt um 2 Uhr geschlossen wird. Trotzdem bestand der Standesbeamte auf der Verbringung einer Legitimation. Natürlich war es dem Teichel nicht möglich, bis um 2 Uhr den weiten Weg nach Hause zurückzulegen und schickte er deshalb seine Frau am 23. Juni zur Meldung nach dem Standesamt. Trotzdem der Standesbeamte die Gründe kannte, welche die verspätete Meldung verursachte, wurde gegen Teichel doch Anklage erhoben. Natürlich sprach ihn das Gericht nach dem Antrage des Amtsanwalts frei.

**Wegen Beschäftigung von Schulkindern nach 8 Uhr abends** mußten sich die Restaurateure Hermann Brüder und Hoffmann, beide in Bickelsdorf, vor dem Schöffengericht verantworten. Sie haben schulpflichtige Knaben zu wiederholten Malen nach 8 Uhr abends mit Regelaufgaben beschäftigt. Brüder wurde zu 6 M. und Hoffmann zu 5 M. Geldstrafe verurteilt. Diese niedere Strafe wird sich wohl kaum vor weiteren Ueberretungen abgrenzen.

## Gerichts-Zeitung.

### Befien.

Der kürzlich aus dem Untersuchungsgefängnis in Nixdorf ausgebrochene 17-jährige Steinträger Friedrich Karl Schulze wurde gestern der Ferienstrafkammer des Landgerichts II vorgeführt, um sich wegen schwerer Sittlichkeitsverbrechen zu verantworten. Es war ein abscheuliches Familienbild, welches sich vor Gericht entrollte. Der vielfach vorbestrafte Angeklagte hatte eine unter sittenpolizeilicher Aufsicht stehende Frauensperson, der er Zuhälterdienste leistete, geheiratet und der Ehe war im Jahre 1894 ein Kind entsprossen, das inmitten der grauhaftesten sittlichen Verhältnisse aufwuchs und schon früh in ihrem inneren Keen verdorben wurde. Im Frühjahr dieses Jahres waren zwischen den Ehelichen Eheleuten Schlägereien an der Tagesordnung. Nach einer solchen Lähmung und wüsten Szene lief die Ehefrau S. zur Polizei und erstattete eine Anzeige gegen ihren eigenen Ehemann. Hierdurch wurden geradezu haarsträubende Zustände aufgedeckt, die schließlich zu der jetzigen Anklage wegen schweren Sittlichkeitsverbrechens des Material gaben. Es wurde festgestellt, daß der eigene Vater bis in die neueste Zeit hinein sich an seinem Kinde in der schamlosesten Weise vergangen hatte. Schulze wurde sofort verhaftet, bestritt jedoch von Anfang an jede Schuld. Schwer belästigt war ein „Kassiber“, der im Amtsgefängnis zu Nixdorf bei ihm vorgefunden wurde. Auf diesem verächtlichen Bettel eröffnete der Angeklagte seiner Ehefrau die angenehme Perspektive, er werde sie, sobald er wieder „rauskomme“, todschlagen, wenn sie das Geringste gegen ihn aussage. Schließlich unternahm der Angeklagte aus dem Untersuchungsgefängnis in Nixdorf einen fahnen Haktüberzug, der auch gelang. Es sollte ihm jedoch eine arge Enttäuschung bereitet werden, denn er erfuhr, daß sich seine „bessere Hälfte“ einen neuen Freund zugelegt hatte. Voller Wut fürmte er in deren Wohnung und demolirte hier die gesamte Einrichtung, um dann sofort wieder zu verschwinden. Erst vor kurzer Zeit gelang es, den gefährlichen Burden, der sich bei Verwandten verborgen hielt, wieder dingfest zu machen. — Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten im Sinne des Eröffnungsbeschlusses für überführt und beantragte eine Zuchthausstrafe von einem Jahr. Die Strafkammer ging jedoch erheblich über diesen Antrag hinaus und erkannte mit Rücksicht auf den hohen Grad der Verwerflichkeit der dem Angeklagten zur Last gelegten Straftat auf 2 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust.

Dieselbe Strafe traf den Maurer Otto Krause, der sich wegen eines unethischen Attentats auf ein zehnjähriges Mädchen vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte. Da der 35 Jahre alte Angeklagte unter seinen Vorstrafen auch schon eine solche von 1 1/2 Jahren Zuchthaus wegen Sittlichkeitsvergehens aufzuweisen hat, so verurteilte ihn das Gericht zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

**Der grobe Kutscher.** Der Arbeiter A., der bei der Firma Lange Kutscher war, wurde entlassen, weil er sich trotz mehrmaliger Aufforderung geweigert hatte, mit dem Kutscher R. zu fahren. Durch Klage beim Gewerbegericht verlangte A. eine Lohnentschädigung wegen unberechtigter plötzlicher Entlassung. In der Verhandlung vor der Kammer 8 rechtfertigte er sein Verhalten damit, daß jener Kutscher grob sei. Auf Befragen des Vorsitzenden, ob es denn so schlimm mit dem Kutscher sei, sagte ein Zeuge, ebenfalls Kutscher, der Mann sei ja ein bißchen grob, er sei aber auch bald wieder anders, besonders wenn man wieder grob werde. — Der Gerichtshof nahm an, daß Kläger verpfändet gewesen sei, der Anweisung des Expedienten der Firma zu folgen und mit dem Kutscher mitzufahren. Allerdings wurde gleichzeitig dem Prozeßvertreter der Beklagten nahegelegt, daß es doch wohl billig wäre, bei der Zuteilung der Kutscher etwas darauf Rücksicht zu nehmen, wenn einer gar zu große Antipathie gegen einen bestimmten Kutscher hege. Da aber Kläger nach der Auffassung des Gerichts keinen Rechtsanspruch darauf hatte und somit seine Entlassung wegen Verweigerung einer Verpflichtung aus dem Arbeitsvertrage als berechtigt angesehen wurde, so riet der Gerichtshof ihm, sich mit einem kleinen Vergleichsbetrage zu begnügen. Es kam denn auch ein Vergleich auf 4 M. zustande.

**„Hygienische Müllverbrennung System Bauer, Charlottenburg, Reinickestr. 11“** nannte sich ein vor einigen Jahren auftretendes Unternehmen, dessen Handhabung zu einem Strafverfahren gegen den Ingenieur Konrad Bauer und den Kaufmann Karl Louis Richard Schyman n Veranlassung gegeben hat. Gegen beide ist die Anklage wegen Betruges erhoben worden, zu deren Verhandlung gestern Termin vor der 2. Ferienstrafkammer des Landgerichts I anstand. Es war aber nur der zweite Angeklagte erschienen, während Ingenieur Bauer sein Ausbleiben mit Krankheit entschuldigend hatte. Es wurde mit Hilfe des Telephons sofort der Versuch gemacht, den Angeklagten zu sistieren, der Versuch hatte aber keinen Erfolg und so mußte gegen Schyman allein verhandelt werden. Der Ingenieur Bauer hatte ein System zur industriellen Verwertung und Beseitigung des Mülls in großen Städten erfunden und verschiedene Patente darauf angemeldet. Es war ihm auch in Nixdorf ein Platz zur Verfügung gestellt, um durch eine dort zu errichtende Fabrik die für alle großen Städte so unendlich wichtige Frage der Müllverbrennung mit Hilfe seines Systems der Lösung zuzuführen. Herr Bauer setzte sich bedürftig Ausbeutung seiner Erfindung mit dem Angeklagten Schyman in Verbindung, dieser wurde sein kaufmännischer Vertreter und trat mit mehreren Stadtgemeinden in Unterhandlung. Aus dem Unternehmen ist aber schließlich gar nichts geworden und irgend welcher Betrieb auf dem



